Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 159. Donnerstag den 12. Juli 1849.

Die hannoversche Denkschrift und der hannoversche Entwurf zur Verfassung des Reichs.

(Nach der Deutschen Allgem. Ztg.)

Die (in der Breslauer Ztg. mehrfach erwähnte) jetzt vorliegende Denkschrift, datirt Berlin 1. Juni, also mehrere Tage nach dem Abschlusse des Vertrages vom 28. Mai. Die Umfänglichkeit derselben nöthigt zur Beschränkung auf das Eingreifendste ihres Juhalts. Der Eingang gleich stellt außer Zweifel, daß der Beitritt Hannovers zu den Berliner Planen kein definitiver ist. Es heißt nämlich daselbst:

Die Unterzeichten haben es für ihre Pflicht gehalten, dem von der königl. preußischen Regierung aufgestellten Grundgedanken für die künftige Gestaltung der deutschen Verfassung nicht entgegenzutreten. Sie haben sich dabei von der Ansicht leiten lassen, daß im gegenwärtigen Augenblicke gemeinschaftliches Handeln derjenigen Regierungen, welche den Beschlüssen der Nationalversammlung sich nicht unterworfen haben, das Nothwendigste und die erste Bedingung zur Rettung Deutschlands sei. Allein eben so wenig haben sie verkannt, daß jene Grundgedanken dem Bedürfnisse nur unvollständig entsprechen. Sie haben ihrer Regierung deshalb vorbehalten, bei schließlicher Feststellung der Verfassung Deutschlands ihren eignen Ansichten Folge zu geben, und halten es für ihre Pflicht, dieselben offen darzulegen. Sie wollen hier nicht darauf zunächst zurückgehen, daß in der Grundform der Verfassung, in der Bildung eines Reichstags aus Staaten- und Volkshaus dem Bedürfnisse vorgegriffen zu sein scheint. Dieses verlangte zunächst nur ein Band, welches die Volksvertretung der einzelnen Staaten ähnlich umschlossen hätte, wie der Bundestag die Fürsten einigte und ein Bundesgericht. Durch beide wäre dem Rechte des Volks, gegenüber den Interessen der Regierungen, Geltung verschafft, der sonderheitlichen Gesetzgebung so vieler einzelnen Staaten ein Gegengewicht gegeben und der einheitlichen Gesetzgebung jene gehässige Nebenbedeutung genommen, welche seit drei Jahrzehenden die Bundesgesetzgebung belastet. Die Unterzeichneten halten an dem Grundgedanken der Einheit durch Eintracht und der Kraft durch Recht unwandelbar fest, und von diesem ausgehend, müssen sie als den Grundfehler jenes Verfassungsentwurfs bezeichnen, daß derselbe für Oesterreich keinen Raum hat; daß er ursprünglich für Oesterreich eine Seitenstellung voraussetzt, welche weder Oesterreich noch Deutschland zusagen kann, und daß, nachdem dieser Theil des Planes sich als unausführbar sofort erwiesen, ihm in der That jede Haltbarkeit mangelt. Fragt man nach der Einheit, so fehlt Oesterreich, also der Stützpunkt für Süddeutschland, die Alpen, sein natürlicher Ausgangspunkt nach Süden und Osten, die Donau und Triest, sein Vertheidiger gegen Osten und Westen, Baiern und Franken zwischen zwei kolossalen Festungen, den Alpen und Böhmen, wie eingeklemmt; Norddeutschland gegen Süden und Südwesten ohne Vertheidigung, gegen Südosten völlig geöffnet, durch die von Böhmen beherrschte Elbe in zwei Theile gespalten, ein durchaus schwaches Gebiet, ein Spielball für die Nachbarn, das würde auf diese Weise aus Deutschland geschaffen; Nationalität und Geschichte deuten auch hier auf eine Naturnothwendigkeit anderer Art. Sobald man sie verläßt, geräth man in ein willkürliches und bedeutungsloses Machen. Fragt man wiederum nach der Kraft, so wird außer der im Obigen liegenden Anwort, soweit von innerer Kraft die Rede, auf die projektirte Theilung der legislativen und der exekutiven Gewalt zwischen Reichsvorstand und Fürstenkollegium hinzuweisen sein. Daß die Theorie, welche früher in einer solchen Theilung den Vorzug der englischen Verfassung zu finden glaubte, eine irrige sei, braucht nicht ausgeführt zu werden. Unvermeidlich muß man das Ziel wahrer Einheit Deutschlands, also einer Verfassung, welche Oesterreich mit einschließen würde, festhalten. Damit wird freilich unverkennbar die Ueberwindung einer großen Schwierigkeit gefordert, denn es sind manche Gründe vorhanden, welche eine solche Einigung wirklich erschweren.

Es wird dann näher auf die Verhältnisse Oesterreichs eingegangen und die darin liegenden Schwierigkeiten, Oesterreich und Preußen in einem Bundesstaate zu vereinigen. Dabei wird unter Anderem bemerkt:

Zwar hat Oesterreich selbst eben so wenig die Nothwendigkeit seiner Ausscheidung, als die Konsequenz einer solchen Theilung (in Süd und Nord, nämlich mit der Mainlinie) anerkannt. Es ist der Ansicht, daß die Verfassung von Kremsier einer Theilnahme seiner deutschen Erblande an der deutschen Verfassung nicht im Wege stehe; es hat Erbietungen gemacht, mit Deutschland sogar Ein Zollsystem einzugehen: es behauptet nur, ein gemeinsames Volkshaus und eine gemeinsame Legislation sei unstatthaft. Es darf zugegeben werden, daß das Volkshaus keineswegs conditio sine qua non der deutschen Bundesstaatsverfassung sei. Andererseits wird man österreichischer Seits sich einer Legislation über gewisse, dem Bunde angehörige Gegenstände (z. B. das Zollwesen), wenn man überall einen Bund will, sich weder entziehen können noch wollen. Eine allgemeine legislative Befugniß aber wird dem Bunde überhaupt nicht zugeschrieben werden können, wie denn auch der desfallsige § 63 entfernt ist. Einigung wäre also keineswegs undenkbar.

Die Denkschrift geht dann angelegentlich darauf ein, die österreichischen bisherigen Entwürfe und Vorschläge zu erörtern, ohne sich damit ganz befreunden zu können. Sie glaubt aber, daß hier Abhülfe und Einigung zu finden sei und gefunden werden müsse; daß Norden und Süden von Deutschland nur zusammenzuhalten sei, wenn Oesterreich in Deutschland bleibe, und sagt unter Anderm:

Wenn im Norden der Protestantismus, im Süden der Katholicismus überwiegt, so würden nichtsdestoweniger das katholische Rheinland und Westfalen, das evangelische Franken und Schwaben eine Trennung tief beklagen. Wenn im Norden das Schwert vor Allem in der Hand Preußens liegt, und im Süden in der Hand Oesterreichs; so wird doch Baiern und Württemberg nicht selten — wie die Geschichte bezeugt — Gelegenheit haben, Preußens Schutz gegen den mächtigen Nachbar wünschenswerth zu finden, und in ähnlicher Weise Sachsen und Hannover durch die Verbindung mit Oesterreich ein Gefühl der Sicherheit gewinnen, welches die Verbindung mit Preußen allein niemals gewähren würde, da auch hier warnende Fingerzeige der Geschichte nicht fehlen. In der That also ist eben jener scheinbare Gegensatz das wahre Bindemittel. Und wenn früher in bloßer Kabinetspolitik einseitige Richtungen sich vielleicht leichter geltend machen und schärfer ausprägen konnten, so wird umgekehrt die Verhandlung einer großen Nationalversammlung vielleicht momentan die Leidenschaft mehr aufregen, aber eben dadurch die wahren Gründe der Dinge um so heller an das Licht stellen, und die Heilmittel um desto bestimmter anzeigen. Es ist nicht zu besorgen, daß eine Politik des baseler Friedens auf einem deutschen Reichstage Eingang finde. Es bleibt mithin in der That nur die Verfassung von Kremsier und die auf solche gegründeten österreichischen Plane für die Organisirung Deutschlands als Hinderniß übrig. Man muß es anerkennen, daß jene Verfassung zur Zeit besteht. Daß solche aber ohne bedeutende Modifikationen ins Leben treten werde, das darf man im Angesichte des ungarischen Kriegs und der dem Vernehmen nach für Illyrien und Italien ausgesprochenen Zusicherungen ohne Anmaßung einstweilen noch dahin gestellt sein lassen. Mag auch für jetzt durch das russische Bündniß dieser Verfassung eine Stütze gegeben sein, so werden doch nichtsdestoweniger die Natur, die Geschichte, die widerstreitenden Interessen ihr Recht behaupten. Denn die dauernde Durchführung jener Verfassung wird man kaum setzen dürfen. So wird denn die Aufgabe der Gegenwart nicht die sein können, eine fertige Verfassung für Deutschland und Oesterreich zu schaffen, sondern es wird dieselbe dahin gehen müssen: Deutschland dasjenige zu geben, was der Augenblick für dessen Sicherheit fordert, und die Bedingungen so zu stellen, daß Deutsch-Oesterreich dem Werke beitreten kann, sobald seine Zeit kommt, und in der Maße, welche alsdann geboten sein wird. Durch diese Aufgabe wird die Bildung eines engern Bundesstaats oder genauer gesagt, eines norddeutschen Bundes mit Preußen an der Spitze ausgeschlossen. Aber man verstehe diesen Satz in seiner richtigen Bedeutung. Als Bundesstaat, als dauernde verfassungsmäßige Grundlage deutschen Lebens und deutscher Entwickelung scheint ein solcher norddeutscher Bund unmöglich. Dagegen kann er als vorübergehendes Mittel zur Herstellung der Ordnung, als ein völkerrechtlicher, den Durchgangspunkt zu einem dauernden Bundesstaatsverbande bildender Verein seine große und heilsame Bedeutung haben.

Jener norddeutsche Bund als Verfassung Deutschlands ist aber um deswillen unmöglich, weil er niemals auch nur den deutschen Bund von 1815 ersetzen kann. Gesetzt auch, es gelänge, in diesem Bunde die sämmtlichen Stimmen des deutschen Bundes außer Oesterreich, oder doch die nördlich vom Main gelegen 12 derselben, zu vereinigen: so würde dennoch sowohl für diese als für die übrigen der Fortbestand des ehemaligen Bundes ein unabweisliches Bedürfniß bleiben, weil nur dieser Bund den an der Grenze gelegenen einige Gewähr ihrer Sicherheit zu leisten vermöchte. Wie es aber möglich sein sollte, einen Bund aufrecht zu halten, in welchem 12 Stimmen eine geschlossene Masse 5 anderen gegenüber bildeten, das ist schwer zu begreifen. Jeder unbefangene Blick wird in einem Bündnisse, welches auf diese Weise den wesentlichsten Theil der Bundesakte, das Stimmenverhältniß, gänzlich aufhebe, einen Widerspruch gegen den Bestand des Bundes selbst, als etwas Widerrechtliches erblicken .... Hieraus ergiebt sich auch ferner, daß vom Standpunkte einer deutschen Regierung, zumal einer solchen, welche die unbedingte Gültigkeit der Beschlüsse jener frankfurter Versammlung nicht anerkannt hat, eine Feststellung der Verfassung Deutschlands ohne Oesterreich unmöglich sei. Derjenige Theil jener frankfurter National-Versammlung, welcher sich das Recht beilegte, über die Verfassung Deutschlands endgültig zu beschließen, konnte wenigstens mit Consequenz behaupten, daß ihm eine solche Befugniß zustehe. Denn Oesterreich hatte zur Berufuug jener Versammlung ebensowohl mitgewirkt als Lübeck oder Liechtenstein. Wenn also die Versammlung berechtigt war, zu verlangen, daß irgend eine Regierung sich ihren Beschlüssen ohne Weiteres unterwerfe, so war sie auch berechtigt, dieses von Oesterreich zu verlangen. Wie aber irgend eine deutsche Regierung, welche den Grundsatz der Vereinbarung festgehalten, ein Recht in Anspruch nehmen könne, auf ähnliche Weise zu verfahren, das ist nicht abzusehen. Es kann also auch, und dieser Punkt muß vor Allem festgehalten werden, die Berufung eines Reichstags, um über die Verfassung zu beschließen, mit Erfolg niemals geschehen, wenn nicht Oesterreich dazu mitwirkt. Es mag hier von den Formen der Berufung vorerst gänzlich abgesehen werden. Jedenfalls würde man mit der Revolution ein sehr gewagtes Spiel unternehmen, wenn man abermals einen Reichstag berufen wollte, in der Voraussicht oder doch auf die Gefahr hin, daß das Resultat desselben entweder zum zweiten Mal ein erfolgloses bliebe oder wohl gar den Kampf zwischen Oesterreich und Deutschland zum offenen Ausbruche brächte. Auf diesen Betrachtungen beruht derjenige Entwurf, welchen die Anlage enthält. Derselbe macht keinen Anspruch darauf, den unbedingt richtigen Typus einer deutschen Verfassung darzustellen, welcher allen Ansprüchen genügen könnte. Es hat derselbe nur einen Vermittelungsversuch und einen Plan darlegen sollen, mit möglichst einfachen Mitteln eine Bundesregierung aufzustellen und einen Anknüpfungspunkt zu gewähren, von welchem aus die Kette der Entwickelung der Einheit des ganzen Deutschlands weiter geführt werden möchte; und so wird es gestattet sein, den Sinn und die Bedeutung desselben in Folgendem näher zu beleuchten.

Verfassungsentwurf unter Beibehaltung der Form der Frankfurter Beschlüsse und des preußischen Entwurfs. Abschnitt I. Das Reich. Art. 1. § 1. Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. § 2. (Unverändert, jedoch am Schlusse in Parenthese die Hinweisung auf §3 u. § 101a). § 3. Denjenigen deutschen Ländern, deren gegenwärtig bestehende Rechtsverbindung mit nichtdeutschen Ländern die Durchführung dieser Bestimmung unmöglich macht, können durch besondere vom Reichstage zu genehmigende Verträge Ausnahmen in Bezug auf gewisse Gegenstände der Reichsgewalt zugestanden werden. Diese Ausnahmen dürfen jedoch niemals die Verpflichtung der deutschen Länder, für äußere und innere Sicherheit des Reichs mitzuwirken, beschränken. Ein deutsches Land, zu dessen Gunsten dergleichen Ausnahmen festgestellt sind, kann bei den ausgenommenen Gegenständen weder in der Reichsregierung noch auf dem Reichstage durch seine Vertreter eine entscheidende Mitwirkung üben. (Vergl. Abschnitt vom Reichsoberhaupt Art. II. § 4, und Abschnitt vom Reichstag Art. IV. § 101a). § 4 u. 5. Unverändert nach den Frankfurter Beschlüssen, wie im preußischen vereinbarten Entwurfe.

Abschnitt II. Die Reichsgewalt. Art. I. bis XIV. § 6 bis 64. Unverändert wie im preußischen vereinbarten Entwurfe.

Abschnitt III. Das Reichsoberhaupt. Art. I. (§ 65—67 des vereinbarten preußischen Entwurfs). § 1. (§ 65.) Die Regierung des Reichs besteht unter dem beständigen Präsidium (Vorstande) des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen, aus einem von sämmtlichen Regierungen der deutschen Einzelstaaten erwählten Reichsrathe von fünf verantwortlichen Mitgliedern. § 2. (§ 66.) So lange Oesterreich durch seine innern Verhältnisse behindert ist, die jetzt vereinbarte Verfassung in seinen deutschen Bundesländern vollständig zur Anwendung zu bringen, ruhen dessen Präsidialrechte. Dasselbe findet in allen denjenigen Fällen statt, wo Oesterreich behindert ist, an den Anstalten des Reichs Theil zu nehmen oder Reichsbeschlüsse unter Zustimmung des Reichstags in seinen Bundesländern auszuführen. Bis dahin und insoweit ist der König von Preußen allein Vorstand des Reichs. (Vergl. Abschnitt I. § 3) § 3. (§ 67.) Die Reichsvorstände können sich zeitweilig durch einen volljährigen Prinzen ihres Hauses vertreten lassen. § 4. (Zusatz.) Die Wahl der Mitglieder des Reichsraths geschieht dergestalt, daß die österreichische und die preußische Regierung jede ein Mitglied ernennt; das dritte Mitglied wird von Baiern, das vierte von Sachsen, Hannover und Württemberg nach Stimmenmehrheit, das fünfte von allen übrigen deutschen Regierungen ebenfalls nach Stimmenmehrheit ernannt, wobei das Stimmrecht nach der Stimmenzahl im Staatenhause bemessen wird. (Modifikationen bleiben vorbehalten.) § 5. (Zusatz.) Die Mitglieder des Reichsraths müssen Angehörige eines deutschen Bundeslandes sein, ein höheres Staatsamt (oder Militärkommando) bekleidet haben, und können nicht Mitglieder des Reichstags sein. (Vergl. § ....) § 6. (Zusatz.) Sie heißen Reichsräthe und beziehen ein Gehalt vom Reiche. § 7. (Zusatz.) Mit der Würde eines Reichsvorstandes ist ein Einkommen nicht verbunden. Art. II. (§ 68.) Wenn beide Reichsvorstände oder einer von ihnen, beziehungsweise ihre Stellvertreter, am Sitze der Reichsregierung anwesend sind, so müssen die von ihnen zu unterzeichnenden Beschlüsse und Handlungen der Reichs-Regierung durch die Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsräthe legalisirt werden. (§ 2. § 69.) In Abwesenheit der Reichsvorstände oder ihrer Stellvertreter werden die Verfügungen der Reichsregierung und die Reichsgesetze vom Reichsrath allein erlassen. Nur bei Kriegserklärungen und Friedensschlüssen ist die persönliche Mitwirkung des Reichsvorstandes unerläßlich. § 3. (§ 70.) Die Reichsvorstände sind unverletzlich und unverantwortlich für ihre Person. Sie repräsentiren Deutschland in seiner Einheit. § 4. (Zusatz, vergl. § 77 des preußischen vereinbarten Entwurfs.) Die Reichsräthe bilden ein Collegium (Reichsrath), in welchem jedes Mitglied gleiche Berechtigung hat. Sie bestimmen die Vertheilung der Geschäfte unter sich und jedes Mitglied kann in dem ihm zugetheilten Geschäftskreise selbstständig verfügen. Der von Oesterreich ernannte Reichsrath kann bei Gegenständen, rücksichtlich deren nach Abschnitt I. § 3 den österreichischen Ländern Ausnahmen zugestanden werden möchten, weder die unmittelbare Geschäftsführung übernehmen noch eine entscheidende Stimme abgeben. Instruktionen von Seiten der wählenden Regierungen dürfen den Mitglie-

dern des Reichsraths nicht ertheilt werden. § 5. (Zusatz.) Die Reichsräthe sind für jede Regierungshandlung in ihrer Gesammtheit sowohl als jeder einzelne in seinem Geschäftskreise den deutschen Regierungen und dem Reichstage verantwortlich. § 6. (Zusatz.) Alle Regierungshandlungen des Reichstags bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterzeichnung wenigstens eines der Reichsräthe. § 7. (Zusatz.) Der Sitz des Reichsraths ist . . . . Es kann derselbe aber durch den Beschluß des Reichsraths an jeden andern Ort innerhalb des deutschen Bundesstaats verlegt werden. Art. III. (§ 71—82 des preußischen vereinbarten Entwurfs.) § 1. (§ 71.) Der Reichsrath übt die völkerrechtliche Vertretung rc. wie § 71 des preußischen Entwurfs. § 2. (§ 72.) Der Reichsvorstand erklärt Krieg und schließt Frieden nach den Beschlüssen des Reichsraths. § 3. (§ 73.) Der Reichsrath schließt die Bündnisse rc. wie § 73 des preußischen Entwurfs. § 4. (§ 74.) Der Reichsrath nimmt Kenntniß von den von den Einzelstaaten abzuschließenden Verträgen und ertheilt denselben geeignetenfalls seine Bestätigung. (Vergl. Abschnitt II. § 9.) § 5. (§ 75.) Der Reichsrath beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen. § 6. (§ 76.) Der Reichsrath hat das Recht des Gesetzvorschlags rc. (wie § 80 der frankfurter Verfassung.) § 7. § 79.) Das Recht der Begnadigung und Strafmilderung in Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, haben die Reichsvorstände nach Anhörung des Gutachtens des Reichsraths. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichsraths kann das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausgeübt werden, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. § 8. (§ 80.) Dem Reichsrathe liegt die Wahrung des Reichsfriedens und er hat die dazu nöthigen Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen und zu verantworten. § 9. (§ 81.) Der Reichsrath hat die Verfügung über die bewaffnete Macht. § 10. (§ 82.) Ueberhaupt hat der Reichsrath die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reichs nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm als Träger dieser Gewalt stehen diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind.

Abschnitt IV. Der Reichstag. Art. I. (§ 83 des preußischen vereinbarten Entwurfs.) Unverändert wie die frankfurter Beschlüsse. Art. II. (§ 84—90 des preußischen Entwurfs.) § 84. Unverändert. § 85. Die frankfurter Beschlüsse (§ 87) unverändert. § 86—90. Unverändert wie im preußischen vereinbarten Entwurfe. Art. III. und IV. § 91—95. Unverändert wie im preußischen vereinbarten Entwurfe. Art. V. § 96. Unverändert wie im preußischen Entwurfe. § 97 (des preußischen vereinbarten Entwurfs.) Das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde, der Adresse und der Erhebung von Thatsachen, sowie der Anklage der Reichsräthe steht jedem Hause zu. § 98 (des preußischen vereinbarten Entwurfs.) Ein Reichsbeschluß (Reichsgesetz) kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser einerseits, sowie des Reichsraths anderseits gültig zu Stande kommen. Zu einem Reichstagsbeschluß gehört die Uebereinstimmung beider Häuser. § 99—101. Unverändert wie im vereinbarten preuß. Entwurfe. § 101 a. (Zusatz.) Bei Gegenständen, in Ansehung deren einem mit nichtdeutschen Landen verbundenen deutschen Lande nach § 3 eine Ausnahme zugestanden ist, steht den Abgeordneten dieser Länder frei, sich der Theilnahme an der Abstimmung zu enthalten. Außerdem steht jedem Abgeordneten die Befugniß zu, namentliche Abstimmung zu verlangen. In diesem Fall zählen nur die Stimmen der Abgeordneten aus denjenigen Ländern, für welche keine Ausnahme stattfindet. Art. VI—VIII § 102—118. Unverändert wie im preußischen vereinbarten Entwurfe. Art. IX. § 119. Die Reichsräthe haben das Recht, selbst oder durch von ihnen ernannte Commissare den Verhandlungen beider Häuser des Reichstags beizuwohnen und jederzeit von denselben gehört zu werden. § 120. Die Reichsräthe haben die Verpflichtung, auf Verlangen eines der Häuser des Reichstags selbst oder durch die ernannten Commissare im Hause zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen, oder den Grund anzugeben, weshalb dieselbe nicht ertheilt werden könne. § 121. Die Reichsräthe können nicht Mitglieder des Reichstags sein. § 122. Unverändert wie im vereinbarten preußischen Entwurfe.

Abschnitt V. Das Reichsgericht. Art. I. § 123—127. Unverändert wie im vereinbarten preußischen Entwurfe mit der einzigen Modifikation, daß es § 124 snb i statt Reichsminister Reichsräthe heißen würde.

Abschnitt VI. Die Grundrechte des deutschen Volks. Art. I—XIV. § 128—187. Unverändert wie im vereinbarten preußischen Entwurfe.

Abschnitt VII. Die Gewähr der Verfassung. Art. I. § 188. Die Reichsräthe haben beim Antritt ihres Amts folgenden Eid zu leisten. „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volks zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen. So wahr mir Gott helfe.“ Dieser Eid wird bei der ersten Einsetzung der Reichsregierung und Einführung dieser Verfassung vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstags abgelegt, bei künftigen Wechseln in der Person der einzelnen Reichsräthe geschieht die Eidesleistung vor versammeltem Reichsrathe, und wird die darüber aufzunehmende Urkunde dem nächsten Reichstage übergeben. § 189. Unverändert wie im preußischen vereinbarten Entwurf. § 190 fällt aus. § 191. Unverändert wie im preußischen vereinbarten Entwurf. Art. II. § 192 und 193. Unverändert wie im preußischen vereinbarten Entwurf. Art. III. § 194. Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch den Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhaupts erfolgen. Zu einem solchen Beschluß bedarf es in jedem der beiden Häuser 1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder; 2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß; 3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens drei Vierteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen. Art. IV. § 195. Wie im vereinbarten preußischen Entwurfe mit Verwandlung der Worte: 2) „das Ministerium des Reichs“ in „der Reichsrath.“

Zum Verständniß der hannoverschen Politik in der deutschen Frage dürften folgende zwei Mittheilungen der konstitutionellen Korrespondenz dienen:

C. C. Berlin, 10. Juli. Die hannoversche Denkschrift der Herrn Stüve und v. Wangenheim ist ein erwünschtes Dokument für alle Diejenigen, welche das Zustandekommen des preußisch-hannoversch-sächsischen Verfassungswerkes mit scheelen Augen angesehen, und in der That, diese Partei bekommt Alliirte, von wo sie es am wenigsten hätte erwarten können. Wir unsererseits vermögen nicht, ihr dazu Glück zu wünschen, denn ein Alliirter, der aus dem feindlichen Lager sich offerirt, wird selten ein zuverlässiger Bundesgenosse sein. Dies ist das Tröstliche bei der Sache, und während die Denkschrift und ihre Veröffentlichung ausschließlich gegen die Politik der preußischen Regierung gerichtet ist, wird sie doch lediglich dazu dienen, das politische Verhalten ihrer Verfasser vor den Augen von Deutschland zu richten. Daß Jemand von langgehegten und genährten Ansichten sich ungern und mit Wiederstreben lossagt, finden wir nicht blos erklärlich, sondern natürlich; daß Jemand, wenn die Gefahr des Augenblicks ihn nöthigt, von der Verfolgung seiner persönlichen Anschauung abzulassen und Bündnisse einzugehen, die auf anderer Basis des Gedankens ruhen, sich gedrungen fühlt, zur Wahrung seiner ursprünglichen Ueberzeugung seine Reservationen irgendwo dokumentlich niederzulegen, können wir ebenfalls begreifen; daß aber Jemand, nachdem das Bündniß geschlossen, ohne anderen Zwang geschlossen ist, als den moralischen, welchen das Anschauen der dringendsten Gefahr übt, es über sich gewinnen kann, während der Fortdauer dieser Gefahr das Widerstreben, mit dem er das Bündniß geschlossen, die Abneigung, welche ihn im Innersten dagegen beseelt, öffentlich auszubreiten, als wenn die Gegner des Bündnisses nicht zeitig genug erfahren könnten, daß es nur eines mäßigen Angriffs bedürfe, um die Koalition wieder zu sprengen. — Das, müssen wir gestehen, wird uns schwer zu fassen, schwer von Männern zu fassen, deren sittlichem Werthe man die bisher gezollte Anerkennung noch nicht gern versagen möchte. Wenn Herr Stüve, wie er am Eingange der Denkschrift zugesteht, bei Eingehung des Bündnisses mit Preußen sich von der Ansicht hat leiten lassen, „daß im gegenwärtigen Augenblicke gemeinschaftliches Handeln das Nothwendigste und die erste Bedingung zur Rettung Deutschlands sei,“ so müssen wir so viel Einsicht dem hannoverschen Minister zutrauen dürfen, daß er erkennt, die Gefahr für Deutschland sei noch keineswegs vorüber und daher fortgesetztes, gemeinschaftliches Handeln noch jetzt erste Bedingung, wenn die Erreichung eines Zweckes, der kein geringerer ist, als die Rettung des Vaterlandes, nicht bereits auf frivole Weise wieder aufgegeben wird. Wenn es politischen Charakter manifestiren soll, unter keinen Umständen von einmal gefaßten Ueberzeugungen zu lassen, so dürfen wir getrost an das Herz eines jeden Ehrenmannes appelliren, ob es dann nicht einfacher gewesen wäre, das Bündniß, wenn es jener Ueberzeugung zuwiderlief, von der Hand zu weisen, als nachdem man es geschlossen, gegen seine Wirksamkeit auf solche Weise zu intriguiren. Es bleibt daher in der That kaum eine andere Erklärung übrig, als daß der Verfasser der Denkschrift es nicht hat ertragen können, seine Vorschläge über die Rettung Deutschlands nur den verschlossenen Aktenschränken anvertraut und damit gewissermaßen dem Reiche der Vergessenheit übergeben zu sehen, und daß daher die bei Schriftstellern nicht seltene Eitelkeit des Autors es gewesen ist, welche mit der Einsicht des Ministers und mit dem Charakter des Ehrenmannes diesmal auf so schmähliche Weise auf und davon gegangen ist. Auch wird das zweideutige Licht, welches auf die Denk- und Handlungsweise des Verfassers der Denkschrift durch einen solchen Schritt geworfen wird, dadurch um nichts gemildert, daß die hannoversche Zeitung, das bekanntlich von Herrn Stüve inspirirte Organ der hannoverschen Partikularbestrebungen, in ihrem nachrichtlichen Theile die Erklärung der deutschen Reform mit fetter Schrift nachdruckt: „jener Denkschrift, als einem wesentlich vor Anschluß des Bündnisses verfaßten Werke, sei keinerlei Bedeutung mehr beizumessen,“ nachdem sie in dem voranstehenden Leitartikel Grundsätze entwickelt hat, welche auf nichts mehr und nichts minder, als eine Wiederholung und eine Rechtfertigung der in der Denkschrift niedergelegten Ansichten des hannoverschen Ministers hinauslaufen. — Wird denn das Lessing'sche Wort ewige Wahrheit in Deutschland behalten: „Der Herr möge uns vor unseren Freunden bewahren, denn gegen unsere Feinde werden wir uns schon selbst zu helfen wissen? —

C. C. Berlin, 10. Juli. Wir sind immermehr zu dem Glauben berechtigt, daß die Gerüchte über ein Zerwürfniß zwischen den Bundesgenossen Hannover und Preußen, welches die großdeutsche Presse jetzt mit so sichtlicher Schadenfreude auszubeuten bemüht ist, sich vielleicht nur darauf beschränken, daß von Hannover aus eine doppelte Politik, die des verantwortlichen Ministerii und die mehr persönliche Hauspolitik getrieben wurde, und daß die letztere sich in die erstere nicht ganz ergeben kann. Mag man daher auch aus Wien, aus Stuttgart und aus München in allen Zeitungen schreiben, daß die dortigen Repräsentanten Hannovers sich eher als die Vertreter einer gegen Preußen durchaus doppelzüngigen Politik, denn als aufrichtige Bundesgenossen geriren, so glauben wir doch höchstens davon soviel, daß vielleicht aus der unmittelbaren Umgebung des Königs Inspirationen einer vorübergehenden Mißstimmung Ernst Augusts an jene deutschen Höfe gelangt sind, die nicht ganz übereinstimmen mögen mit der vom verantwortlichen Ministerium in Hannover seither verfolgten Politik, die man aber auch um so lieber als vorübergehende Mißstimmungen anzusehen geneigt ist, weil gerade Ernst August wegen seines offenen und festen Charakters in ganz Preußen außerordentlich geachtet ist. — Wenn man uns daher versichert, daß in Hannover dem englischen Gesandten erklärt worden sei, Hannover habe bei Abschluß des Bündnisses nur dem Drängen des Augenblicks nachgegeben, und habe man wenigstens den Vortheil erreicht, daß Preußen sich wieder in ganz Deutschland gründlich verhaßt gemacht habe, so wird es uns schwer, daran zu glauben, und wir vermuthen daher eine Rancune der Großdeutschen mit der Devise: „Divide et impera.“ — Glaubhafter und bezeichnend ist dagegen die Anekdote, nach welcher Ernst August an seinen alten Freund Wellington geschrieben haben soll: „wie er wohl dem Bundesstaate entgehen könne? Er denke durch ein weises Abwarten und Verzögern, bis Oesterreich mit den Ungarn fertig geworden sei.“ Der greise Feldherr und Politiker soll darauf erwidert haben: „Auf unsichere Eventualitäten zu bauen, sei im Frieden wie im Kriege die schlechteste Taktik. Ob Oesterreich sich je wieder ganz erholen werde, sei aber jedenfalls sehr zweifehaft, und daher ein aufrichtiger Anschluß an Preußen der beste Rath, den er ertheilen könne.“ — Wenn die Anekdote wahr ist so zweifeln wir nicht, daß für den scharfen politischen Blick des Königs von Hannover und seinen an sich durchaus geraden udd loyalen Charakter dieser gute Rath nicht verloren gegangen ist. In England beurtheilt man die deutschen Verhältnisse am ruhigsten und klarsten; man sieht wohl ein, wie die Verschuldung einer neuen Revolution, die über kurz oder lang über Deutschland hereinbrechen würde, wenn das Einigungswerk abermals scheitert, diesmal allein von den Fürsten getragen würde, die im engherzigen dynastischen Separatismus sich gegen jede Einigung anstemmen. Den Beweis hierfür liefert täglich die englische Presse. Bezeichnend dafür ist aber auch das Verhalten Lord Palmerstons, wie es in der nachstehenden Anekdote hervortritt. Man erzählt sich, der englische Gesandte an einem deutschen Hofe habe auf eigene Hand dort Protest eingelegt, weil der Beitritt zum preußischen Bündnisse die zukünftigen Successionsrechte der Königin von England alterire. Man habe ihm an jenem Hofe zwar erwidert, es sei mit dem Beitrttt zum Entwurfe nicht so ernst gemeint, wenigstens sei die Gefahr der Souveränetäts-Beschränkung nicht so nahe und dringend, da Baierns Beitritt vorbehalten sei, den man niemals erwarten dürfe. Lord Palmerston soll aber das Verhalten seines Agenten ebenso wie diese etwas ängstliche Ausflucht völlig desavouirt und dem Gesandten erklärt haben, nach seiner Ansicht biete der preußische Entwurf, als der letzte Weg zur Einigung Deutschlands und zum Bundesstaat, das einzige Mittel, den Kindern der Königin die eventuelle Succession auf irgend einen deutschen Thron überhaupt noch zu sichern.

Preußen.

Berlin, 10. Juli. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Land- und Stadtgerichts-Direktor a. D., geheimen Justizrath Carssow zu Salzwedel, und dem Provinzial-Schulrath, geheimen Regierungsrath Wagner in Münster, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Chausseegeld-Erheber, Seconde-Lieutenant a. D. Junke zu Felsberg, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Wundarzte Johann Friedrich Seidel zu Zechlin, Regierungs-Bezirk Potsdam, dem Schullehrer Brähmig zu Hirschfeld und dem Schullehrer Jungcurt zu Hävern, Regierungs-Bezirk Minden, das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Schiffs-Kapitän Daniel Christoph Meyer zu Bellin, im Kreise Ueckermünde, und dem Oberjäger Vogt, vom 6. Jäger-Bataillon, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Se. Majestät haben allergnädigst geruht: dem Professor und Hofmaler Franz Krüger die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes vom herzoglich anhalt'schen Hausorden Albrechts des Bären zu ertheilen.

Dem Fabrik-Unternehmer Wm. Wiesmann zu Ruhrort ist unter dem 2. Juli 1849 ein Patent auf einen Ofen zur Verkoakung von Braunkohlen, so weit derselbe als neu und eigenthümlich anerkennt worden ist, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Ofen-Einrichtungen zu beschränken, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

C. B. Berlin, 8. Juli. [Herr Stahl], der auch von der Aenderung des Wahlmodus kein Heil erwartet, so lange nicht der politische Sinn des Volkes geändert ist, so lange „die menschliche Freiheit,“ das Ideal des Zeitalters

bleibt, „gegen welche die Regierung durch allerlei Klugheit sich mühsam fristet,“ — Hr. Stahl bekennt auch bei Besprechung des preußisch-sächsisch-hannoverschen Verfassungs-Entwurfs von vorn herein: „Von einer freudigen Hoffnung, daß durch diese oder irgend eine ähnliche Reichsverfassung Deutschland eine glänzende Zukunft bereitet werde, war ich niemals und bin ich auch gegenwärtig nicht erfüllt.“ Vor Allem könne eine Verfassung nicht gemacht werden, in der Weise, wie man es hier unternehme. Der menschliche Verstand sei wohl im Stande einzelne Theile der Verfassung aus schon vorhandenen Elementen neu zu gestalten: allein für ein Volk einen völlig neuen Rechtszustand im Ganzen zu machen, geht weit über das Maaß menschlicher Kraft und Einsicht. Sodann sei der Geist, der die Zeit beherrscht, nicht der Art, daß er das rechte und heilsame Leben in die Verfassungsformen zu bringen verspräche. Selbst das politische Ideal der nachmärzlichen Konservativen sei wenig verschieden von dem System der Feuillants von 1789; selbst die, die sich „monarchisch-konstitutionell“ nennen, weil sie so überschwenglich königlich gesinnt seien, das absolute Veto zu wollen, fordern doch fast alle eben so entschieden, daß die Kammern mittelst jährlicher Steuer- oder Budgetverweigerung dem Könige Minister und Regierungssystem vorschreiben, und geben selbst zu, daß es kaum zu einem suspensiven Veto kommen dürfe, daß dieses überhaupt nur ein Schmuck, nicht eine Macht der Krone sein könne. „Was aber ist dieses anders, als die Repulik unter dem Scheine der Monarchie?“ Endlich sei auch eine gesunde Volksvertretung von einer gegenwärtigen Verfassungsbildung am wenigen zu erwarten, da die socialen Verhältnisse schon an sich im Schwanken sind und in vielen Städten erst einer richtigen Lösung entgegensehen. Eine große und glückliche Zukunft sei nur von der gewaltigen Mahnung an die Fürsten zu erwarten, daß sie die Obrigkeit von Gottes Gnaden sind, nicht dienstbar der öffentlichen Meinung; von dem deutschen Heere sei sie zu erwarten, von dem Kernvolke in den Provinzen, das unberührt geblieben von dem konstitutionellen Mechanismus; von einer großen Reaktion in der Volksgesinnung für Wiederaufrichtung der christlichen Grundt lagen des Staates und des Bandes zwischen Staa- und Kirche, wenn auch in veränderter Gestalt; vor Allem sei jene Zukunft zu erwarten von der göttlichen Fürsorge u. s. w. Das sind die Grundzüge der Betrachtungen, die Stahl in seiner Schrift „die deutsche Reichsverfassung nach den Beschlüssen der deutschen National-Versammlung und nach dem Entwurf der drei kgl. Regierungen“ anstellt. Die Schrift selbst zerfällt in 8 Kapitel: Umfang der Reichsgewalt — Reichstag — die Kaiserwürde nach den Beschlüssen der National-Versammlung — das Reichsoberhaupt nach dem Entwurf der drei Regierungen — Reichsgericht — Grundrechte — die Titel „deutsches Reich,“ „Kaiser“ und „Reichsvorstand“ — das Verhältniß zu Oesterreich. — Stahls Rede vor der ersten Kammer vom 14. März d. J. ist beigegeben.

A. Z. C. **Berlin**, 10. Juli. [Tagesbericht.] Wir sind genöthigt, fortwährend auf den Belagerungszustand zurückzukommen, weil diese Angelegenheit fortwährend in ein anderes Stadium zu treten scheint und andererseits ihre Entwickelung einen Anhalt für die Beurtheilung mancher anderer Verhältnisse bietet. Was wir bisher darüber mittheilten, können wir heute vollkommen bestätigen. Die Partei, welche der Aufhebung des Belagerungszustandes nur mit zagendem Herzen entgegensieht — sie muß selbst am besten wissen, weshalb — hat vorläufig die Oberhand erhalten. Der ursprünglich gefaßte Beschluß gestern, nachdem Klubb- und Preßgesetz in Kraft getreten waren, den Ausnahme-Zustand aufzuheben, ist annullirt, außerdem aber auch in Frage gestellt worden, ob die Aufhebung überhaupt vor den Wahlen erfolgen solle? Im Ministerium ist darüber Zwiespalt ausgebrochen. Der Minister Manteuffel, gegenwärtig der Repräsentant der liberalen Seite, verlangt aus Gründen, die wir theilweise schon früher angegeben haben, fortwährend die Aufhebung. Dem ist aber, wie wir ebenfalls früher meldeten, die Nothwendigkeit der vorherigen Emanirung eines neuen Tumultgesetzes mit Erfolg entgegengehalten. Augenblicklich scheint nun die Sache so zu liegen, daß Herr v. Manteuffel sich in die Forderung des Tumultgesetzes gefügt hat, die Emanirung desselben aber unverzüglich fordert, um dann den Belagerungszustand sofort und jedenfalls noch vor den Wahlen aufgehoben zu sehen. Ob er hiermit durchdringen, oder welche andere Gestaltung die Frage annehmen wird, bleibt abzuwarten. — Wir erfahren, daß Herr v. Radowitz etwa 14 Tage in Freyenwalde zubringen, dann aber nach Berlin zurückkehren wird. Eine offizielle Stellung dürfte derselbe wohl nicht annehmen, sondern nach wie vor mit seiner einflußreichen Persönlichkeit scheinbar unthätig in der Nähe des Hoflagers verweilen. Ebenso bezweifelt man, daß er ein Mandat für die demnächstige zweite Kammer annehmen wird. — Ueber die Gesundheitsverhältnisse unserer Garnison verlauten seit Kürzem weniger günstige Mittheilungen; namentlich greift das Wechselfieber jetzt stark um sich. Mehrere Soldaten sollen auch bereits von der Cholera befallen, durch ärztliche Hülfe aber glücklicherweise fast alle gerettet und schnell wieder genesen sein. — An Stelle des abtretenden General-Postmeisters von Schaper wird, wie es scheint, vornehmlich der General-Postdirektor Schmückert die Verwaltung des Postwesens erhalten. Es wird dies indeß unter der Oberleitung des Handelsministeriums geschehen. Herr Schmückert war schon in den letzten Jahren des körperlich und geistig abgestumpften Herrn v. Nagler die eigentliche Seele des preußischen Postwesens. — Viele Mitglieder der gegenwärtigen ersten Kammer dürften nach den aus den Provinzen eingehenden Berichten bei der bevorstehenden Neuwahl in die zweite Kammer übergehen, doch glaubt man nicht, daß dadurch die bisherige Majorität der ersten Kammer eine Einbuße erleiden wird. — Der Minister v. Manteuffel gedenkt am 14. d. M. von seiner Erholungsreise hier wieder einzutreffen. — Es ist alle Aussicht vorhanden, daß der Geh. Ober-Tribunalsrath Waldeck noch im Laufe dieses Monats vor die Geschwornen gestellt werden wird. Er darf jetzt von 1—2 und 5—6 Uhr täglich Besuch annehmen, was seine Freunde zahlreich benutzen, um ihm ihre Theilnahme zu beweisen. — Die definitive Feststellung der Statuten der projektirten Nationalversicherungsbank für Kapital und Grundbesitz ist, wie man vernimmt, auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen, und mit größerem Zeitverlust als anfänglich erwartet wurde, verknüpft gewesen, so daß die General-Versammlung der interessirenden Mitglieder, welche das mit der letzten Ausarbeitung gedachter Statuten beschäftigte Comité zur Berathung seiner Vorlagen einzuberufen beauftragt ist, nicht vor den nächsten 14 Tagen stattfinden wird. Die Ausführbarkeit des Projekts scheint inzwischen bereits außer Zweifel zu sein, da dieselbe selbst von bewährten National-Oekonomen, welche durch angestellte Berechnungen gleichzeitig sämmtliche Gefahren und Bedenken gegen ein solches Institut würdigten, anerkannt worden ist; nur scheint es, daß die Anreger des gedachten Instituts in ihren Erwartungen über die Leistungen desselben durch eben jene Berechnungen in Etwas gemäßigt worden sind. — Die Cholera scheint, unter den gegenwärtigen Einwirkungen der Witterung, bemerkenswerthen Schwankungen zu unterliegen. Bis zum 6. d. M. Mittags betrug der Zugang 21 Personen, bis zum 7. 33 Personen, bis zum 8. 19 Personen, bis zum 9. nur 17 Personen, dagegen bis zum heutigen Tage Nachmittags wieder 35 Personen. Diese plötzliche Steigerung ist wohl nur auf Rechnung der gestrigen großen Hitze zu setzen. Es stellen sich hiernach die letzten Resultate folgendermaßen fest: Bis gestern Mittag wären also an der Cholera erkrankt gemeldet 548 P. Zugang bis heute Mittag, wie bemerkt 35. Summa 583 P. Davon sind genesen 92, gestorben 357, in der Behandlung geblieben 134. — An der Börse stellte sich heute die Neigung zur Hausse lebhaft wieder her. Mehrere Course stiegen um 1—2 pCt. Besonders machte sich Gold in Masse bemerkbar.

C. B. **Berlin**, 10. Juli. [Ein Kolonisationsplan. — Irvingianer. — Der Maler Köhler †. — Preß- und politische Prozesse.] Je beschränkter die Wirksamkeit eines großen Theils politischer Vereine bei uns geworden, desto größere Thätigkeit entfalten Vereine, die materielle Interessen verfolgen. Wir haben schon mehrfach Anlaß genommen, über die vor kurzer Zeit gegründete Arbeiter-Verbrüderung und über die wachsende Theilnahme, deren sich dieselbe zu erfreuen hat, zu berichten. Während diese Association ihre Bestrebungen dem Handwerkerstande im Inlande widmet, ist eine andere Gesellschaft „zur Anlegung von Kolonien in Central-Amerika“ eifrig beschäftigt, dem bisher planlosen Auswandern ein Ziel zu stecken und nicht bloß so den Auswanderern selbst nützlich zu sein, sondern auch wo möglich eine dem Mutterlande selbst nützliche Verbindung mit den Ausgewanderten herzustellen und zu sichern. Die Gesellschaft lenkte ihre Aufmerksamkeit auf Central-Amerika, zunächst geleitet von den erst unglücklichen, mit Energie betrieben, aber glücklich ausgefallenen Kolonisations-Versuchen Belgiens in jenen Gegenden. Mit den Erfahrungen bereichert, welche wir durch die zuerst unglücklichen Niederlassungsversuche der Belgier in St. Thomas gemacht haben, soll es jetzt versucht werden durch Kolonisation am San Juan-Flusse oder in Nicaragua der deutschen Industrie eine bedeutende Ausfuhr zu schaffen. — Herr A. v. Bülow, der sich mit Auswanderungs-Angelegenheiten vielfach beschäftigt und Nicaragua früher persönlich bereist hat, widmet dem Vereine seine ganze Thätigkeit. Es sind bereits von vielen Orten Anfragen in Betreff der Auswanderung an den Verein ergangen, von Personen, die sich der ersten Arbeiterexpedition anzuschließen gedenken. Es sind dies meist Leute, die im Besitz von 500—1000 Thlr. sind, welche sie in dem andern Welttheile anlegen wollen. — Das Handelsministerium geht der Gesellschaft mit Rath und That an die Hand, auch soll aus Staatsmitteln dem Unternehmen eine kleine Summe überwiesen worden sein. — Der Verein ha zunächst eine Aktienzeichnung veranlaßt, (das Kapital der Gesellschaft ist auf 100,000 Thlr. festgesetzt) an der sich angesehene Personen, wie Graf Arnim-Boytzenburg, Graf Redern, geh. Rath Bloch, Gebr. Schickler, Mendelssohn und Comp. betheiligt haben. — Die Kolonisation soll durch Absendung einer Deputation vorbereitet werden, welche mit der Auswahl und dem Ankaufe des Landes beauftragt wird. Derselben soll sich eine Arbeiterexpedition von 100 Personen anschließen. Die Letztere hat den Zweck in 3 Jahren mindestens 400 Etablissements zu errichten. Es soll ein Areal von 36—46,000 Acre angekauft werden. — — Die Ausbreitung, welche die Sektengemeinde der Irvingianer besonders in Berlin gewinnt, kann ein kirchliches und mittelbar sogar ein politisches Ereigniß genannt werden. Eine große Anzahl von Personen, zum Theil den höchsten Kreisen der Beamten- und Militär-Aristokratie angehörend, soll erst in voriger Woche sich in die Gemeinde haben aufnehmen lassen. Aus der letzteren Sphäre nennt man zwei Generale, von denen der eine bis in den März des vorigen Jahres eine sehr einflußreiche nichtmilitärische Stellung einnahm. — Die Kunstfreunde Berlins beklagen den Verlust eines talentvollen Künstlers und Kunstlehrers, des vor einigen Tagen verstorbenen Malers Köhler. Es ist in der Berliner Kunstwelt bekannt, daß der Verstorbene im Stillen den Mängeln in den Leistungen viel gekannter und reich belohnter Künstler abhalf. Er selbst starb in Dürftigkeit. — Vor dem Appellationsgericht wurde heute ein Preßprozeß in zweiter Instanz verhandelt. Der frühere interimistische Redakteur der „Zeitungshalle“, Herr Wolff, war wegen eines Artikels, durch den sich ein Offizier v. Lilienthal beleidigt hielt, vom Kriminalgericht zu einer Geldstrafe von 50 Thlr. verurtheilt worden. Der Justizkommissar Deycks, Vertheidiger des Angeklagten, führte beredt aus, daß die Tendenz der Zeitungshalle, als eines Organs der Demokratie, die Fassung des Artikels, auf welche die Verurtheilung sich stützte, bedingt habe. Er wies auf die N. Preuß. Zeitung hin, der, als einer Vertreterin der entgegengesetzten Tendenz, man die Form ihrer persönlichen Polemik stets zu Gute halte. Der Staatsanwalt, Assessor Wentzel, wies diese Behauptung durch Hindeutung auf die zahlreichen gegen das genannte Blatt schwebenden Prozesse zurück. Der Gerichtshof bestätigte das Erkenntniß der ersten Instanz. Einen mildernden Einfluß der Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Juni d. J. auf diesen vor Erlaß der Verordnung bereits entschiedenen Rechtsfall erachtete das Gericht nicht für zuläßig. — Der Buchhändler Schlesinger, den das Gerücht in die Waldeck'sche Untersuchung hatte verflochten sein lassen, ist gestern nach einer Untersuchungshaft von mehreren Wochen in Freiheit gesetzt worden. Der eigentliche Grund zu seiner Verhaftung ist indeß auch jetzt noch nicht vollständig aufgeklärt. Die mit ihm vorgenommenen Verhöre sollen sich ausschließlich auf ein in seinem Verlage erschienenes Bild und auf die von Zacharias herausgegebene Biographie Waldeck's, deren Verleger er gleichfalls ist, bezogen haben. Aus einzelnen Stellen der Biographie will man den Schluß ziehen, daß Waldeck selbst sie verfaßt habe. Hierauf soll sich denn auch hauptsächlich die Vernehmung erstreckt haben. Auf keinen Fall aber würde dies die Verhaftung des Verlegers erklären. — Ueber die Lage des Waldeck'schen Prozesses hört man noch immer die widersprechendsten Angaben. Man will unter Anderem wissen, daß der Untersuchungsrichter, Kriminalgerichts-Rath Schlötke, kürzlich aus Dresden zurückgekehrt, von dort neue Belagstücke gegen den Angeklagten mitgebracht habe. — Herr Gödsche, der Feuilletonist der N. Preuß. Zeitung rechtfertigt sich gegen die Angriffe, welche Herr Stieber als Vertheidiger des Lieuten. v. Mauschwitz gegen die genannte Ztg. und deren Redaktoren gerichtet hat. Er nennt den Handlungsdiener Ohm als den Hinterbringer der Notiz, durch welche Mauschwitz sich zu einem thätlichen Angriff auf den Redakteur veranlaßt gesehen hatte. Ohm ist bekanntlich in Haft. Das Gerücht nennt ihn, wie man weiß, einen Mitschuldigen von Waldeck. Die Freunde des Letzteren haben Ohm stets als ein Werkzeug der Reaktion bezeichnet, das zu den Intriguen gegen Waldeck benutzt worden sei. Diese neueste Gödsche'sche Enthüllung sieht einer Bestätigung jenes Argwohns mehr als ähnlich.

C. C. **Berlin**, 10. Juli. [Dänisches. — Vermischtes.] Wir erfahren, daß der Abschluß des Waffenstillstandes mit Dänemark in den nächsten Tagen bevorsteht. Die formellen Hindernisse, welche Oesterreich noch gern in den Weg geschoben hätte, um diese Wunde für Deutschland und Preußen noch recht lange offen zu behalten, sollen beseitigt sein. **Preußen wird den Waffenstillstand in seinem Namen und im Namen der Staaten abschließen, die ihm Vollmacht ertheilt haben, für die übrigen den Beitritt offen behalten.** Die Prätension Oesterreichs, diesen Abschluß nur durch das Organ des Reichsverwesers bewirken zu lassen, involvirte eine zu große staatsrechtliche Ignoranz, als daß durch solchen Einspruch Aufenthalt verursacht werden

konnte. Dänemark würde schwerlich mit einer Urkunde zufrieden gewesen sein, die nach dem Gesetze vom 28. Juni v. J. über die Errichtung der Centralgewalt, staatsrechtlich null und nichtig gewesen wäre, selbst wenn der Gesellschafter des Erzherzogs-Reichsverwesers, wie österreichische Blätter und nach ihnen der Preuß. Staats-Anzeiger den General Jochmus nennt, kontrasignirt hätte.

In Kehl und Straßburg findet der freundschaftlichste Verkehr zwischen französischen und preußischen Offizieren statt. Die Franzosen scheinen zu fühlen, daß sie für gewisse Eventualitäten die natürlichen Bundesgenossen Preußens und des deutschen Deutschlands sein müssen, und daß sie es sein können, ohne selbstsüchtig an die Rheingränze als Preis zu denken. — Es ist höchst wahrscheinlich, daß der Belagerungszustand vor den am 17. d. M. stattfindenden Wahlen nicht aufgehoben werden wird.

[Keine Amnestie.] Wir theilten bekanntlich vor längerer Zeit mit, daß zum Zwecke einer wahrscheinlich in Aussicht stehenden allgemeinen Amnestie, die sämmtlichen Gerichte der Monarchie von dem Justizminister die Anweisung erhalten hätten, vollständige Tabellen über alle seit dem 20. März v. J. anhängig gewesenen und noch schwebenden Untersuchungen wegen politischer Vergehen des Schleunigsten einzureichen. Nachdem dieser Anweisung bereits von vielen Gerichten ein Genüge geleistet war, soll plötzlich vor wenigen Tagen ein das oben erwähnte aufhebende Reskript ergangen, und damit die Hoffnung auf eine Amnestie verloren gegangen sein. Man soll vielmehr die besondere Absicht haben, nur in einzelnen Fällen, in denen sich besondere Milderungsgründe herausgestellt, auf den dieserhalb zu erfordernden Bericht des mit der Untersuchung betrauenden Gerichts eine Begnadigung eintreten zu lassen. (Nat.-Z.)

Königsberg, 7. Juli. [Wahlangelegenheit.] Es dürfte nicht überflüssig sein, einige Spezialitäten über die weiteren Unternehmungen der demokratischen Partei in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen zu bringen. Zunächst halten jetzt Vertrauensmänner in den verschiedenen Wahlbezirken Versammlungen von Urwählern, denen sie eine kleine Schrift des ehemaligen Regierungs-Sekretärs Falk, betitelt: „Wählen oder Nichtwählen," vorlesen und sie darauf fragen, ob sie sich an der Wahl betheiligen wollen oder nicht. Im Falle sie sich für die Nichtbetheiligung erklären, wird diese Erklärung sofort protokollirt und unterschrieben. Wie geringen Anklang diese Umtriebe aber finden, ist daraus zu ersehen, daß in einzelnen Bezirken sich noch nicht 20 Personen zu der Nichtwahl entschlossen haben. — Wie man hört, soll der Ober-Präsident bereits Instruktionen erlassen haben, welche die demokratischen Wahl-Kommissarien denn doch etwas geniren dürften. Auffällig ist die mir soeben mitgetheilte Nachricht, daß der hiesige Magistrat zu den bereits für die Stadt bestimmten Wahlkreisen, deren 46 sind, noch einen 47sten hinzufügen wolle. — Wie mir aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, haben sich bis jetzt circa 2500 Urwähler durch Unterschriften zum Nichtwählen verpflichtet. (Die Urwählerschaft Königsbergs mag ungefähr 20,000 Personen stark sein.) Es ist aber vorauszusehen, daß die Hälfte von diesen doch zur Wahl schreitet. Merkwürdigerweise sind unter den Wahl-Kommissarien solche Leute zu finden, die bereits die Betheiligung an der Wahl abgelehnt und gegen die Gültigkeit derselben protestirt haben. Dahin gehört unter Andern der Apotheker Freundt. (D. Ref.)

Man erfährt, daß der Staatsanwalt gegen die Theilnehmer des demokratischen Provinzial-Wahl-Kongresses einschreiten wird, und soll, wie man hört, die Anklage desselben durch § 151, Theil II., Tit. 20 des Allg. L. R. motivirt werden. (D. Ref.)

† **Posen**, 10. Juli. [Politische Simpathien und Antipathien. Posener Zustände.] Politische Apathie beherrscht in Posen auch die heterogensten Elemente. Der Beginn des Aufstandes in der Pfalz und Baden erregte bei Polen und Deutschen ein ungeheures Interesse. Der erste erwartete thatsächliche Simpathien aller deutschen Südvölker, die Intervention Frankreichs, die Erneuerung der italienischen Kämpfe, die moralische Steigerung des Magyaren-Muths, kurz einen recht kolossalen europäischen Krieg, aus dem das slavische Leben emporblühen könnte; die andern Conservative und Demokraten, im Innern doch als Preußen betheiligt, fürchteten den unseligen Krieg, der Preußen viel Opfer kosten mußte und cui bono? — Völkern und Herrschern, die den Preußen und seiner Regierung, möge sie handeln wie sie wolle, nur mit Mißgunst, Neid und Haß betrachten; einen Krieg endlich, der der Einheit Deutschlands nur den Todesstoß geben kann und das glückliche Baden auf lange Zeit unglücklich machen muß. Daß Polen die militärischen Bewegungen leiten sollten, schmeichelte wohl dem Landsmann; Mieroslawski und Sznayda sind jedoch beide bei ihren hiesigen Landsleuten keineswegs personae gratae. Mieroslawski gilt für völlig unpraktisch, man wird es ihm nie hier vergessen, den Sieg bei Miloslaw so schlecht benutzt zu haben und Sznayda gilt bei denen, die ihn kennen, für einen persönlich tapfern Militär, bei dem jedoch der polnische Patriotismus zu den untergeordnetsten Motiven gehören dürfte — also ein Condottiere, den Eitelkeit, angeborene Raufneigung und badensches Geld lockte, was übrigens auch Mieroslawski nicht verschmähte. Der rasche, wenn auch nicht ohne blutige Opfer und gerade von preußischer Seite erkaufte Ausgang des sehr wichtig vermeinten Aufstandes hat das seit Jahren gespannte politische Interesse in unserer Provinz vollends abgespannt — und die Breslauer Zeitung und in ihr die Artikel vom ungarischen Kriegsschauplatze sind die einzigen, nach denen man noch mit Hast greift. — Die meisten Deutschen der Provinz halten den Ausgang des mörderischen Kampfs in Ungarn für ganz unzweifelhaft. Die reichen Quellen des kolossalen Rußlands und die Anstrengungen Oesterreichs müssen endlich die Magyaren besiegen, so viel Ausdauer, Tapferkeit und Geschicklichkeit das Ungarvolk und seine genialen Führer auch zeigen mögen, endlich wird auch der endlichen Ruhe Europas wegen dieser Ausgang gewünscht, so wenig auch der Magyare gehaßt, der Russe geliebt wird. Anders ist es mit den Slaven, er hält die ungarische Sache für besser, als je, das Schweigen der österreichischen Zeitungen oder ihre kolossalen ungeschickt erfundenen Lügennachrichten bezeichnen am klarsten wie ungünstig ihre Lage ist. Die russischen Büllетins haben weit mehr das Gepräge der Wahrheit, sprechen aber auch weit weniger von glänzenden Erfolgen und geben mit Genauigkeit die Bewegungen der einzelnen Truppenkorps an. — Was die Zustände in der Stadt Posen selbst betrifft, so ist sie jetzt ziemlich leer. Der Beamte, der sein Gehalt regelmäßig bezieht, hat bei der größeren Wohlfeilheit der Lebensmittel und dem bedeutenden Heruntergehen der Wohnungen durch die Zustände der Jahre 1846, 47 und 48 bedeutend gewonnen, dagegen der Gewerbtreibende und Grundbesitzer verloren. Bade- und Vergnügungsreisen haben trotz der schlimmen Zeit viele Posener Bewohner, namentlich Deutsche, entführt. Obgleich die gut bezahlte Wolle — 25 bis 30 Rthlr. der Centner mehr als voriges Jahr — viel Geld in die Provinz gebracht hat, so sind Subhastationen und Klagen über Nichtzahlungen an der Tagesordnung und die hiesigen jüdischen Geschäftemacher klagen über beträchtliche Verluste.

Deutschland.

Operationen in Baden.

Frankfurt, 8. Juli. Aus Baden sind abermals keine entscheidenden Nachrichten eingegangen. Die Festung Rastatt hat sich noch nicht ergeben. (Nach einem in Berlin umlaufenden Gerücht soll die Uebergabe erfolgt sein. D. Red.) Im badischen Oberlande erwartet man, wenn überhaupt noch ein Kampf gewagt wird, heute oder spätestens morgen auf die Insurgenten zu stoßen. In Lörrach sind starke Durchzüge derselben erfolgt, 3000, nach andern Nachrichten 5000 Mann mit 14 Kanonen; doch war nur Oberst Blenker mit etwa 1000 Mann dort geblieben, der Rest soll sich theils über den Bergrücken nach Rheinfelden zu gezogen haben, theils die Richtung ins Wiesenthal nehmen. Das Ganze wird von dem Oberbefehlshaber Sigel selbst kommandirt, und man glaubt, daß er in der strategisch starken Position von Donaueschingen den Kampf annehmen wird. Eine aus unserer Nähe ausgezogene Freischaar, die Turner von Hanau, sind, noch etwa 240 Mann stark, auf schweizer Gebiet übergetreten und sofort entwaffnet.

Ich lasse jetzt noch einige Mittheilungen folgen, welche mir vom Schauplatze der Ereignisse so eben zugehen, und ich beginne mit einigen Nachrichten über die Bewegungen des Peucker'schen Corps, welche sich an die früheren Notizen anschließen. Ein erstes Schreiben ist aus Oberndorf im würtembergischen Schwarzwald vom 5. Juli datirt und lautet wie folgt: „In stark forcirten Märschen sind wir am 2. von Oos nach Forbach, am 3. nach Freudenstadt und gestern bis hierher marschirt, ohne von dem preußischen Corps, welches in der Ebene geblieben, etwas zu hören. Nur gestern hörten wir einzelne Kanonenschüsse, wie es schien aus der Gegend von Offenburg. In den Wäldern befinden sich versprengte Freischaaren, von welchen gestern 2 Mann, mit Pistolen bewaffnet, bis in die Nähe von Freudenstadt kamen, um einem Hirten Vieh abzunehmen; wahrscheinlich fehlt es an Lebensmitteln. General v. Miller, der die Grenze besetzt hat, und nur, während wir vorbeiziehen, um einen Tagemarsch zurückgewichen ist, damit er unseren Leuten die Quartiere einräume, hat gestern den ehemaligen Reichstags-Abgeordneten Rösler aus Oels festnehmen lassen (also Bestätigung unserer früheren Nachricht), der in Sulz eine Volksversammlung abgehalten und zum Zuzug nach Baden aufgefordert hat. Hier in Oberndorf hat eine gleiche Volks-Versammlung unter der Leitung Ludwig Simons von Trier stattgehabt. Die Truppen werden hier im Würtembergischen freundlich aufgenommen und gut verpflegt. Um dies den Bewohnern leichter zu machen, marschirt das Corps in drei Echelons, von welchen die Avantgarde heute nach Rottweil geht, und morgen bei Villingen das badische Gebiet wieder betritt. Schwerlich werden wir bis dahin mit dem Feinde zusammentreffen. Das erste Gefecht erwarten wir übermorgen bei Donaueschingen. Im Oberlande ist das zweite und dritte Aufgebot unter die Waffen gerufen. Ob sie kommen werden? Gern gewiß nicht: die Leute sind wohl belehrt. Aber die Freischaaren werden immer verzweifelter und werden sich sicher gut schlagen. Mit ihnen also wird es noch Kampf geben." Das zweite Schreiben ist ebenfalls noch aus dem Würtembergischen, aus Rottweil, wiederum vom 5. Juli datirt, und enthält Folgendes: „Die Avantgarde, unter dem Befehl des General-Majors v. Bechtold ist hier eingetroffen, aber weniger gut als im übrigen würtembergischen Lande aufgenommen worden. Die Nähe der Städte Villingen und Donaueschingen scheint Einfluß gehabt zu haben. Es werden hier gräßliche Unthaten erzählt, die wir verübt haben sollen. Besonders ist man fest überzeugt, das Niederstoßen jedes Mannes in einer Blouse, dem wir begegnen, sei bei uns Regel. Auch General v. Miller ist hier mit seinem Stabe. General v. Peucker kommt heute noch an." An diese Nachrichten von dem linken Flügel der Operationsarmee reihe ich eine Mittheilung über Ereignisse auf dem rechten Flügel, welche von einem Offizier in Kehl geschrieben und für ein preußisches Blatt gewiß nicht ohne Interesse ist. „Nachdem — so schreibt derselbe — am 30. Juni früh die schwache Besatzung von Kehl sich aufgelöst hatte, war die Grenze gänzlich unbesetzt. Nur die Douane hatte ihre wenigen Wächter behalten, die sich jedoch um die Brücke nicht bekümmerten. Man ging ungehindert ab und zu, der Offizier des französischen Wachtpostens verlängerte seinen Spaziergang bis ans Ende der Brücke und wachte über das badische Eigenthum an Schiffen und Brückengeräth. So blieb Kehl verlassen und still bis zum Montag Mittag, wo auf der Rhein-Straße das erste preußische Bataillon anlangte. Die Leute waren müde, erwarteten außerdem schnellen Befehl zum Weitermarsch und ließen die Grenze noch unbesetzt. Zwei Stunden später kam ein zweites Bataillon mit einigen Stücken Geschütz. Jetzt wurde ein Posten an das Rheinufer und eine Schildwache mitten auf die Brücke gestellt. Diese und der französische Soldat reichten sich sogleich die Hände und begrüßten sich mit Gut Freund! und Ja Bruder! Sie radebrechten, der Preuße französisch, der Franzose deutsch, bis eine Gesellschaft junger Laffen vorüberging, um sich die Prussiens in Kehl zu beschauen. Die Herren Republikaner fingen sogleich an, dem französischen Soldaten Vorwürfe zu machen, daß er mit dem Chien de Prussien fraternisire. Der Soldat hieß sie ihres Weges gehen, und als sie sich dann an den Preußen mit Schimpfworten wandten, drohte ihnen ihr eigener Landsmann, daß er sie mit Gewalt zurechtweisen werde. Unterdessen waren mehrere Bürger vorübergegangen und hatten dem französischen Offizier Anzeige von der Unart gemacht; dieser eilte sogleich mit einigen Soldaten herbei, ließ drei jener Herren packen und brachte sie in der Citadelle in Verwahrung. Eine ähnliche Unart fiel in einem Bierhause in Kehl vor. Einige junge Franzosen, man sagt Studirende, hatten die dort anwesenden Preußen auf allerlei Art gereizt; diese warnten sie erst, warfen sie, als die Provokationen kein Ende nahmen, mit Fußtritten aus der Thür hinaus, und faßten, als sie auf der Straße noch einmal zu lärmen anfingen, einige derselben und sperrten sie ins Gefängniß; am folgenden Tage wurde die Präfektur in Straßburg ersucht, die jungen Herren heimholen zu lassen. Seitdem ist keine Klage weiter vorgekommen. Unter dem beiderseitigen Militär herrscht aber fortwährend das von Anfang an bestandene gute Einvernehmen; der preußische Befehlshaber hat den französischen begrüßt und dieser in Kehl den Gruß erwiedert und eine gegenseitig geübte Gastfreundschaft hat die zeitweisen Gränznachbarn einander noch näher gebracht."

Frankfurt a. M., 10. Juli. Das v. Peucker'sche Korps ist am 7. in Donaueschingen, ohne Widerstand zu finden, eingerückt. (D. Ref.)

Karlsruhe, 6. Juli. Eine Bekanntmachung der großherzoglich badischen Regierung des Mittelrheinkreises warnt Jedermann, sich aller Störung der öffentlichen Ruhe zu enthalten, insbesondere aller Theilnahme an Zusammenrottungen auf den Straßen oder an öffentlichen Plätzen; Theilnahme an Raufereien oder andern Gewaltthätigkeiten, Theilname an politischen Vereinen, Tragen von Kleidungsstücken oder Abzeichen, die offenbar regierungsfeindliche Gesinnungen bekunden, z. B. rothe Federn oder Kokarden. Ebenso ist das Anheften oder Verkaufen von Flugschriften ohne obrigkeitliche Erlaubniß verboten. — Professor Kinkel aus Bonn ist vom Kriegsgericht zum Tod verurtheil worden. Die Exekution soll übermorgen stattfinden. (Demnach war also die aus dem badischen Merkur mitgetheilte Nachricht, wie wir vermutheten, eine voreilige. s. unten.) Die verschobene Exekution des Urtheils scheint Aussichten der Milderung zu gewähren. — Gestern Nachmittag wurde in einer Chaise und unter bedeutender Militäreskorte ein schwer gravirter Gefangener hier einge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 159 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 12 Juli 1849.

(Fortsetzung.)

bracht. Wer, konnten wir nicht erfahren. Er stieg am Stadtgerichtsgebäude aus. Auch im Laufe des Vormittags ist ein solcher hier eingebracht worden. Es war ein Freischaaren-Oberst Namens Stieler von Bretten. Die Eisenbahnverbindung zwischen Offenburg und Baden-Baden ist nun seit gestern wieder hergestellt. — Wir haben Briefe von Hecker aus Amerika gelesen, wornach er nicht daran denkt, nach Deutschland zurückzukommen, vielmehr will nun Brentano ebenfalls dorthin gehen. — Staats-Minister von Dusch, geheimer Rath von Nebenius, Staatsrath Bekk, Staatsrath Hoffmann sind nach einer Entschließung des Großherzogs im heutigen Regierungsblatt „einstweilen“ in den Ruhestand versetzt worden, „bis zu anderweiter Verwendung.“ — Geh. Regierungsrath Frommherz ist zum außerordentlichen Landes-Kommissair für den Seekreis ernannt worden, und ist ihm nebenbei die provisorische Verwaltung der Seekreis-Regierung übertragen worden. — Die uns heute aus Konstanz und dem badischen Oberland zugehenden Nachrichten sprechen nur von dem furchtbaren Terrorismus, den sich das dortige Regiment zu Schulden kommen läßt. — Unter den gestern hier eingebrachten Gefangenen befanden sich: Bürgermeister Trißler und sechs Gemeinderäthe von Gernsbach, Bürgermeister Kraft und drei Bürger von Durlach. Gestern Abend wurden hier eingesetzt: Dr. Schenk (Zieglers intimer Freund) und Straßenmeister Steidel; beide letztere sind der allgemeinen Erzählung nach beim Zeughaussturm nicht unthätig gewesen. Daß aber ersteren bereits Zeugen vernommen wurden, habe ich gehört. Einer der Gefangenen, Fiala, ist aus dem (zu gering bewachten) Lyceum entkommen. (Schw. M.)

Karlsruhe, 7. Juli. Die Zahl der eingebrachten Gefangenen mehrt sich täglich noch so, daß man bald in Verlegenheit für passende Lokale zur Aufbewahrung derselben kommen wird. Ueberhaupt dürfte es noch eine große Schwierigkeit sein, was mit den vielen Hunderten dieser Gefangenen begonnen werden soll; denn eine baldige Freigebung auch der minder Schuldigen hieße einen neuen Aufstand begünstigen. Es ist hier die Nachricht angekommen, die französische Regierung beabsichtige, aus allen deutschen Flüchtlingen ein eigenes Colonialbataillon zu bilden, und dasselbe in die französische Colonie am Senegal, deren Klima bei den französischen Soldaten in besonderem Verruf steht, zu senden. Die eigentlich Schuldigen dieses ganzen Aufstandes sitzen indessen jetzt wohlgemuth in den eleganten Hotels der Schweiz, sich des Geldes, was sie zuletzt noch aus den hiesigen Kassen zu rauben wußten, in behaglicher Ruhe erfreuend. (D. P. A. Z.)

Von der Murg, 6. Juli. Die Stellung der zur Einschließung von Rastatt verwendeten Truppen ist im Ganzen noch dieselbe, wie vor einigen Tagen. Da die Truppen noch großentheils im Freien bivouakiren, so sind in das Murgthal umfassende Requisitionen von Sägeholz, Brettern, Borden ꝛc. ergangen; auch ist mit dem Hammerwerksbesitzer Klehe zu Gaggenau ein Vertrag abgeschlossen, in Folge dessen noch heute theils auf Wagen, theils vermittels Flözens auf der Murg das erforderliche Material an Ort und Stelle geschafft wird. — Aus Rastatt wird ziemlich übereinstimmend mitgetheilt, daß die Garnison sammt den hineingezogenen Freischaaren ungefähr 3000 Mann stark sei; die Infanterie und die Bürger seien zur Uebergabe geneigt, wogegen aber die Artillerie hartnäckig opponire. Uebrigens soll die Verproviantirung sehr unvollkommen sein und kaum auf 14 Tage hinreichen; eben so mangelt es an Munition, und namentlich fehlen jetzt schon die Zündhütchen. — Bei einer neulich vorgenommenen Rekognoszirung kam General v. Scharnhorst in die unmittelbare Nähe einer rastatter Vorposten-Patrouille, die ihn mit einigen Schüssen begrüßte, ohne jedoch Schaden zuzufügen. (Karlsr. Z.)

Mannheim, 7. Juli. Das Gerücht von der standrechtlichen Erschießung des Professor Kinkel bestätigt sich nicht. Es ist überhaupt vor völliger Unterdrückung des badischen Aufstandes, der möglichen Repressalien halber, ein standrechtliches Verfahren nicht zu erwarten. (Bad. Merkur.)

Mannheim, 7. Juli. Heute Abend 6 Uhr versammelte Stadtdirektor Kern den Gemeinderath und Bürgerausschuß und eröffnete demselben, daß die Kreisregierung die Auflösung dieser beiden Körperschaften beschlossen habe, weshalb er die bisherigen Mitglieder ihres Amtes enthebe. Sofort setzte er einen neuen Bürgermeister in der Person des Kaufmann Reiß, eines sehr tüchtigen, redlichen und allgemein geachteten Mannes, ferner einen zweiten Bürgermeister in der Person des Kaufmann Nestler, ferner einen neuen Gemeinderath, worunter 6 ältere Gemeinderäthe und einen andern Bürgerausschuß ein. (D. Ztg.)

Vom Bodensee, 4. Juli. In Konstanz geht es toll durcheinander. Am 1sten waren etwa 300 Freischärler dort eingerückt; eine größere Anzahl wurde erwartet. Es war Alles darauf eingerichtet, das Zwangsanlehen mit den äußersten Maßregeln beizutreiben; die „Volkswehren“ zog man dadurch ins Interesse, daß man ihnen sagte: „wenn ihr nicht das Geld beischaffen helft, so können wir euch auch keine Löhnung mehr geben.“ Gestern wurde in Konstanz das Hauptzollamt durch die Bürgerwehr umstellt und von dem Civilkommissär und einem Mitglide des Sicherheitsausschusses die Kasse gestürzt, deren Inhalt jedoch zufällig nur 140 Fl. betrug. Wie man vernimmt, soll Niemand mehr aus der Stadt gelassen werden; auch sei es auf eine Verhaftung der Beamten abgesehen. In Bregenz und der Umgegend stehen 14,000 Mann österreichische Truppen. In Lindau sind auf heute 2200 Baiern angesagt. Vom Einrücken in das Badische verlautet noch Nichts. So wie die Dinge jetzt stehen, würde ein einziges Regiment genügen, um die letzten Gräuel, die Brandschatzungen, Prellereien und Plünderungen von unserer unglücklichen Gegend abzuwenden, und die Reste der Revolution mit einem Schlage zu vernichten.

Von der schweizerischen Gränze, 5. Juli. Nachdem vorgestern die beiden letzten Züge der Eisenbahn von Freiburg her ausgeblieben waren, kamen gestern Vormittag nicht weniger als fünf Züge, welche die Reste der badisch-pfälzischen „Freiheitsarmee“ brachten, in Efringen an. Von da aus setzte sich der Zug bunt durcheinander über Kirchen, Eimeldingen und Binzen gegen das Wiesenthal in Bewegung. Die pfälzische Legion zeichnete sich dabei, wie sie auch schon im Unterlande gethan, durch ihren praktischen Kommunismus, d. h. durch ihre langen Finger aus. So wurden in Kirchen durch einen Bandenführer 200 Fl., durch einen andern wieder 300 Fl. erpreßt; außerdem mußte die Gemeinde Lebensmittel und Wein für die Mannschaft herbeischaffen und die Pferde zur Weiterbeförderung des Gepäcks hergeben, welches aus vielen, zum größeren Theil ohne Zweifel geraubten Sachen bestand. — Schon am 28. Juni war Kirchen, so wie auch Binzen, von einem gewissen Civilkommissär Rupp und einem Hauptmann Spehn von Inzlingen, welche mit Exekutionsmannschaft dort lagen, gebrandschatzt worden. Die letzten Gelderpressungen wurden von einem Hauptmann Prestel und einem Adjutanten Trzerceck bescheinigt. Freiheit, Brüderschaft und Wohlstand für Alle! (Karlsr. Z.)

Konstanz, 6. Juli. Gestern, mit Einbruch der Nacht, haben sich auch sämmtliche Gendarmen, zum Theil mit Sack und Pack, in die Schweiz geflüchtet. Der aberwitzige Peter hatte ihre Entwaffnung anbefohlen, wovon sie jedoch Wind bekamen. Jetzt warten sie auf der Grenze auf den Augenblick, der ihnen gestatten dürfte, ihre Waffen gegen ihn zu kehren. Die Volkswehr, die sich hier befindet, beginnt schwierig zu werden. Sie wollen fort und können nur mit Gewaltmaßregeln zurückgehalten werden. Lächerlich ist es übrigens, wie sich so Viele dem Terrorismus Weniger fügen. Die Leute sind unzufrieden, und doch arretiren sie den Kameraden, der flüchtig gehen will, auf Befehl des Wachkommandanten. So sah ich gestern ein paar solcher Bursche hinter einander vor je zehn Mann auf die Hauptwache geleiten. Hoffentlich wird ihnen bald der Verstand kommen, Alle mit einander durchzugehen, man hält sie gewiß Niemand auf. Eine erbärmliche Rolle spielte indeß hiebei ein Theil der hiesigen Scharfschützen, die, zu ihrer Schande sei es gesagt, sich dazu hergeben, die „Thorspizeln“ zu machen, d. h. den Spiondienst am Thor zu handhaben, und dem Wachposten anzuzeigen, wer passiren dürfe oder nicht, mit andern Worten: wer ein Staatsdiener sei oder keiner, wer Geld habe oder keines. Die Entrüstung hierüber ist allgemein, einige derselben sind allerdings vor lauter Dummheit unzurechnungsfähig. Die Stadt füllt sich nach und nach mit allerlei unheimlichen Gästen. Der Urheber des Todes des Generals v. Gagern, der sich der That nun offen rühmen soll, ist auch hier. Peter thut wie besessen; er will alle Welt in den Krieg schicken; er selbst aber geht nicht, sondern lustwandelt allabendlich in die Weinhäuser. (Sch. M.)

Aus der Pfalz, 4. Juli. Wir genießen wieder der vollkommensten Ruhe; unsere arbeitslustigen Landsleute sind wie neu geboren. Die Demokraten, die ihren Sitz hauptsächlich in den Städten haben, scheinen trotz der schmachvollen Flucht vor den Preußen ihr Maulheldenthum noch nicht aufgegeben zu haben und setzen ihre Hoffnung jetzt auf die Zukunft, sogar auf eine endliche Niederlage der Preußen in Baden. Freilich müssen sie sehen, wie von ihren Genossen einer nach dem andern in Haft und Untersuchung genommen wird. Ob die baierische Staatsregierung wirklich im Stande sein wird, das pfälzer Volk nicht allein polizeilich in Ruhe zu halten, sondern auch moralisch zu beruhigen und emporzuheben, das wird vielfach bezweifelt. Es sind zwar 10—12,000 Mann fester, wohlbewaffneter Altbaiern herüberverlegt, gegen welche die pfälzer Demokraten nicht viel ausrichten werden; sie treten aber hier und da mit solcher Grobheit auf und äußern überall so viel Geringschätzung gegen die Pfälzer überhaupt, daß die baierischen Sympathien in der Pfalz dadurch wenig zunehmen werden. Bis jetzt haben sie die bedeutendsten Orte der vorderen Pfalz besetzt. Nicht minder Besorgniß erregend ist das Auftreten der ultramontanen Partei, die sich für die letzte Verfolgung wieder zu entschädigen scheint. Die Verhafteten kommen vor die Assisen in Zweibrücken. (D. Ztg.)

München, 7. Juli. König Max wird von seiner Rundreise in der Oberpfalz und Niederbaiern am 14. d. M. hier zurückerwartet. Am 16. d. werden die Urwahlen, am 24. d. M. die Abgeordnetenwahlen stattfinden, damit am 1. August das Ergebniß dem König unterbreitet werden kann; für den 15. August würden alsdann die Kammern einberufen werden. (D. Ref.)

Lübeck, 7. Juli. In heutiger Sitzung des Bürgerausschusses erstattete die Kommission zur Begutachtung des Verfassungsentwurfs der drei königl. Regierungen ihren Bericht und sprach sich dahin aus, daß die Frankfurter Reichsverfassung hier zu Recht bestehe, ein Abgehen von derselben nur durch das Gebot der äußersten Nothwendigkeit sich würde rechtfertigen lassen, diese sei aber keinesweges vorhanden; es fehle vielmehr jede Garantie, daß dieser Regierungsentwurf für Deutschland wirklich Geltung erlangen werde, ein Entwurf, der nicht allein die Freiheiten und Rechte des Volkes wesentlich verkürze, sondern auch durch den geforderten Beitritt zum preußischen Zollverein die speziellen Interessen des Lübeckischen Handels und Verkehrs aufs Wesentlichste beeinträchtige. Aus diesen Gründen beklagte die Kommission die Eilfertigkeit, mit welcher der Senat einseitig ohne Zustimmung der Bürgerschaft in dieser Angelegenheit bereits vorgeschritten sei und stellte schließlich den Antrag, der Bürgerausschuß wolle gutachtend sich dahin aussprechen: daß Lübeck zur Zeit sich noch nicht veranlaßt finden könne, dem von den Regierungen der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover abgeschlossenen Bündnisse beizutreten. (Z. f. N.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Hauptquartier Veile, 7. Juli. An Eine Hohe Statthalterschaft der Herzogthümer. Es ist keine freudige Kunde, die ich heute Einer Hohen Statthalterschaft zugehen zu lassen mich verpflichtet fühle. Der Feind hat mich gestern Morgen um 1 Uhr in meiner Stellung vor Friedericia angegriffen und die Armee nach einem langen blutigen Kampfe durch die Uebermacht zum Rückzuge genöthigt. Die Truppen haben sich ohne Ausnahme mit der größten Bravour geschlagen. Der Verlust an Offizieren und Mannschaften läßt sich in diesem Augenblicke noch nicht ganz genau übersehen, doch ist derselbe sehr bedeutend. Die Besatzung der Festung war in den letzten 48 Stunden ansehnlich verstärkt worden. Da mir indeß noch keine Mittheilung zugegangen war, daß das im Norden Jütlands stehende Corps des Generals Rye von dort eingeschifft sei, so durfte ich die zuversichtliche Hoffnung hegen, meine Stellung trotz einer Vermehrung der Besatzung behaupten zu können. Es zeigte sich indessen bei dem gestrigen Treffen, daß mir die ganze Hauptstärke der dänischen Armee, circa 25 Bataillone, gegenüber stand, die nothwendig sehr ausgedehnte Position vor der Festung war demnach einer so bedeutenden Uebermacht gegenüber nicht länger zu halten und der Rückzug mußte mit Zurücklassung eines Theils der armirten Batterien — einige wurden, ehe sie verlassen, in die Luft gesprengt — bis hinter den Abschnitt Gudsoe-Bredstrup angetreten werden. Nach vergeblichem Versuch des Feindes, diesen zu forciren, endete hier das Gefecht um 11 Uhr Morgens. Da ich nicht Willens war, Jütland zu räumen, nahm ich eine Aufstellung zwischen Bredstrup und Herslev, wo ich die nach einem zehnständigen Kampfe sehr erschöpften Truppen ruhen ließ. Von hier hielt ich es für angemessen, nach Veile zu marschiren, wohin der Feind nicht weiter folgte. Der Abzug vor dem Feinde und der Marsch nach Veile wurde mit der größten Ordnung ausgeführt und würde den ältesten Truppen zur Ehre gereichen. Ich werde mich heute mit dem General-Lieutenant v. Prittwitz in Verbindung setzen. Die Truppen sind von dem besten Geiste beseelt und hoffen mit mir, daß sich bald Gele-

genheit finden werde, dem Feinde abermals im offenen Kampfe gegenüber tre en zu können. — Der kommandirende General v. Bonin.

Kiel, 9. Juli. Die mit dem heute Mittag hier eingetroffenen Bahnzuge gemeldeten Gerüchte lauten aus dem Norden nicht so sehr ungünstig; offenbar will eine große Partei der Unruhe unsere Verluste absichtlich verschlimmern, worauf auch die Forderung hinweist, daß man Prittwitz und Bonin zur Rechenschaft ziehen solle, indeß gerade jetzt die größte Eintracht in unserm Heere Noth thut; doch das wird nicht gelingen. Als General Bonin in Veile eintraf, wurde er von den Soldaten mit einem lauten Hurrah empfangen; sie haben weder das Vertrauen zu ihm noch den Muth für unsere gerechte Sache verloren. General Prittwitz ist eiligst nach dem Süden marschirt; er wird auch bei Veile stehen; ein von ihm an einen in hiesiger Nähe liegenden hohen General gerichteter Brief giebt unseren Verlust auf 500 Todte und Verwundete und 6 Feldgeschütze an. Allgemein hofft man, daß die Preußen jetzt entschieden einschreiten und nicht bloß zusehen werden. Kann und will Preußen das nicht, so ist es besser, daß es dieses offen eingestehe und nach Hause gehe. Wir dürfen übrigens versichern, daß diese Niederlage unseren Muth nicht im mindesten geschwächt, und daß die Dänen dabei nichts gewonnen haben. — Von russischen Schiffen hier und vor Eckernförde wird Manches erzählt, doch ist nichts Gewisses darüber zu erfahren.

Schleswig, 8. Juli. Nach den heute eingegangenen zuverlässigen Nachrichten stellt sich leider der Verlust unserer Armee noch größer heraus, als die Gerüchte ihn bisher schilderten. Im Ganzen an Todten, Verwundeten, Gefangenen und Vermißten hat verloren: erste Brigade: 1. Bataillon: 9 Offiziere, 34 Unteroffiziere, 239 Mann; 2. Bataillon: 2 Aerzte, 10 Offiziere, 36 Unteroffiziere, 488 Mann, 3 Pferde, 1 Bagage- und 1 Krankenwagen; 3. Bataillon: 2 Offiziere, 11 Unteroffiziere, 191 Mann; 4. Bataillon: 2 Aerzte, 10 Offiziere, 42 Unteroffiziere, 524 Mann; drittes Jäger-Corps: 3 Offiziere, 2 Aerzte, 19 Unteroffiziere, 317 Mann, 8 Pferde, 1 Munitions- und 1 Krankenwagen; 6pfündige Batterie Nr. 1: 2 Offiziere, 1 Arzt, 2 Unteroffiziere, 35 Mann, 39 Pferde, 4 Geschütze, 4 Wagen; zweite Brigade: 5. Bataillon: 6 Offiziere, 2 Aerzte, 30 Unteroffiziere, 16 Gefreite, 255 Mann, 8 Spielleute; 6. Bataillon: 5 Offiziere, 2 Aerzte, 24 Unteroffiziere, 151 Mann, 2 Spielleute; 7. Bataillon: 24 Offiziere, 14 Unteroffiziere, 7 Gefreite, 95 Mann, 3 Spielleute; 8. Bataillon: 4 Offiziere, 18 Unteroffiziere, 22 Gefreite, 215 Mann; viertes Jäger-Corps: 8 Offiziere, 1 Arzt, 18 Unteroffiziere, 242 Mann; 6pfünd. Batterie Nr. 2: 15 Mann, 12 Pferde und 1 Granatkanone. Ueber die Avantgarden-Brigade sind noch keine ausführliche Nachrichten hierher gekommen; im Ganzen sind bei derselben 3 Offiziere verwundet. Vom 2. Jägercorps sind 35 verwundet oder vermißt; vom 10. Bataillon werden gegen 20 vermißt, vom 9. Bataillon keiner. Von den zur Festungs-Artillerie kommandirten Leuten der Feld-Artillerie werden vermißt: 1 Fähndrich, 2 Unteroffiziere, 4 Bombardiere und 18 Kanoniere. (N. f. P.)

Altona, 9. Juli, Abends. Neuere Nachrichten vom Kriegsschauplatze sind heute Abend nicht eingegangen. Die Post aus Jütland scheint in Rendsburg gefehlt zu haben, und man will daraus schließen, daß Kolding in den Händen der Dänen sei.

(H. C.)

Die Nachricht, daß es den **schleswig-holsteinischen Truppen gelungen sei, die Dänen wieder in die Festung Frederícia zurückzudrängen, hat sich nicht bestätigt, vielmehr haben sich dieselben nach tapferer Gegenwehr, der großen Uebermacht weichend, nach Veile zurückziehen müssen, wobei ihr Belagerungsgeschütz, wie es scheint, fast vollständig in Feindeshand gerathen ist.** Detailberichte über dieses Ereigniß fehlen noch.

(Börsenhalle.)

Berlin, 10. Juli, Nachmittags. Auf außerordentlichem Wege läßt uns unser Korrespondent in Kopenhagen die Nachricht zukommen, daß duselbst die offizielle Nachricht von dem Tode des Generals Rye und mehrerer dänischen Offiziere eingegangen ist. Gefangen sind in der Affaire bei Friedericia 1400 Mann Schleswig-Holsteiner, dagegen auf der andern Seite 800 Dänen. (D. Ref.)

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 10. Juli. [Tagesbericht.] Dem Vernehmen nach wird der Kaiser sich morgen wieder zur Armee begeben. — Graf Stadion ist mit seinem Bruder und einem Arzte nach Böhmen gereist. Nach Umständen dürfte die Reise auch nach einem norddeutschen Seebade ausgedehnt werden. — Der regierende Fürst Lichtenstein ist zum Präses der k. k. landwirthschaftlichen Gesellschaft ernannt worden. — Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften hat vor Kurzem in einer Sitzung beschlossen, eine geognostische Untersuchung von Oesterreich vornehmen zu lassen, und die dahin einschlagenden Arbeiten dem durch seine treffliche geognostische Karte der Umgebungen Wiens nebst Erläuterungen rühmlich bekannten Gelehrten Johann Czizek übertragen, welcher so eben die zu diesem Zwecke nöthigen Bereisungen antritt. Man ist bisher in der Kenntniß unseres Bodens gegen andere kultivirte Länder weit zurückgeblieben, und so hofft man, daß die Resultate jener Untersuchung der Landeskultur von Vortheil sein wird. — Der ehemalige k. k. Rittmeister bei Nikolaus-Husaren, Baron Splenyi, welcher sich aus Piemont, wo er in der Armee Karl Alberts gegen Oesterreich focht, nach Konstantinopel verfügt und sich dort als Agent der magyarischen Regierung geltend zu machen gesucht hatte, ist von der Pforte weggewiesen worden und am 25. Juni am Bord des französischen Postdampfbootes, wie man glaubt, nach Paris abgereist. — Die „Independance" will wissen, daß sich der Sultan beharrlich weigert, den Oesterreichern und Russen den Durchmarsch durch Serbien zu gestatten. — In Görz ist das Standrecht gegen italienische Deserteure verkündigt worden. — Aus Salzburg wird vom 7ten berichtet, daß der König Ludwig von Baiern aus Berchtesgaden angelangt sei und einem Diner bei der Kaiserin Mutter beigewohnt habe. — Der Erzherzog Johann ist am 6ten Nachmittags mit seiner Familie in Gastein eingetroffen. Der Ort war ihm zu Ehren festlich beleuchtet. Der Feldmarschall-Lieutenant Cordon, der eine lange Unterredung mit dem Erzherzog hatte, verließ den 7ten Gastein, um sich nach dem ungarischen Kriegsschauplatz zu begeben. — Ueber die bevorstehenden Finanzpläne sind die sonst wohl darin unterrichteten Banquiers ebenso im Dunkeln, wie alle Uebrigen, indem das frühere, zwischen dem Finanzminister und den großen Banquirs bestehende Verhältniß als völlig aufgelöst zu betrachten ist, und die jüngsten Vorgänge eine starke Mißstimmung hervorgebracht haben. In der nun veröffentlichten Eingabe der Berathungskommission wird die Emission von Zwangspapiergeld als eine entschieden verwerfliche Maßregel dargestellt.*) — Man sieht hier dem durchgreifenden Verbot entgegen, in Livorneser Eisenbahnaktien selbst vor und nach der Börse Abschlüsse zu machen, doch bedarf dieses Gerücht noch sehr der Bestätigung, da zum Schlusse der Börse die Aktien wieder bedeutend gestiegen sind.

* [Ernte.] Aus Wien schreibt man uns unter dem 10. Juli: „Unsere Ernte, welche im vollen Gange ist, wird eine sehr gesegnete und hat bereits ein fortgehendes Sinken der Getreidepreise zur Folge."

L **Wien**, 10. Juli. [Vermischte Nachrichten.] Debreczin ist von den Russen besetzt, der frühere Sitz des ungarischen Reichstages hat sich freiwillig den Russen ergeben (s. unten.) Also nicht auf der Debrecziner Haide, sondern an den Sümpfen von Szegedin soll die entscheidende Schlacht geschlagen werden. Pesth kommt hier gar nicht in Betracht, es wird, wenn wir auch bald die Einnahme dieser Stadt erfahren, nichts zur Entscheidung beitragen. Komorn und Szegedin, Görgey und Bem sind jetzt die Angelpunkte, um die sich das Resultat des Feldzuges dreht. — Wir haben lange nichts von Adressen gehört, jetzt ist wieder eine an den Kaiser in feierlicher Audienz übergeben worden, und zwar von drei Deputirten der galizischen Judenschaft, die ihre Dankbarkeit für den ersten Paragraphen der Grundrechte, wenn auch etwas spät, abtragen. — Wir sachen, wie es scheint, in manchen Sachen Rußland nachzuahmen. So werden, heißt es, unsere Civilbeamten eben so wie in Rußland uniformirt werden, um eine auf militärischem Fuße stehende Büreaukratie zu gründen. — Eine im Finanz-Ministerium niedergesetzte, aus Beamten und Gewerbsleuten bestehende Kommission berathet einen neuen Zolltarif, der, wie man sagt, uns dem Anschlusse an den deutschen Zoll-Verein bedeutend näher bringen soll. — Die neue Gensdarmerie ist bereits glänzend uniformirt in Wirksamkeit getreten. — Die 6- und 10-Kreuzerscheine sind bereits in Cirkulation und die Silbersechser gehören zu den Raritäten, selbst die neu geprägten schlechtern von 1849 sind nirgends zu sehen. — Dagegen haben wir wieder anderes Papier, zwei neue Zeitungen, eine slovakische Zeitung in deutscher Sprache, eine wahre Abnormität, und eine Wiener Volkszeitung, herausgegeben von Weis, dem Redakteur des Hans Jörgel. — Die Sparkasse macht fortwährend schlechte Geschäfte. Vom 2. bis zum 7. Juli sind 96,124 Gulden eingelegt, und 144,575 Gulden herausgenommen worden.

N. B. **Wien**, 10. Juli. [Ungarische Angelegenheiten.] Bereits sind Pesther Kaufleute hier angekommen, die erst vor einigen Tagen die ungarische Hauptstadt verließen. Man glaubte dort, daß die **Russen 2 Stunden vor Ofen stünden. Die Insurgenten räumten Pesth und der Weg für die russische Armee ist ganz frei. — In Preßburg sprach man von einer freiwilligen Uebergabe der Festung Komorn.** — In Pesth erzählt man, daß gegen Kossuth auf seiner jüngsten Reise nach Großwardein ein Anfall geschehen sei; es wurde nach ihm geschossen, aber die Kugeln fuhren in den nachfahrenden Wagen und verwundeten zwei Männer aus der Begleitung. — Eine erneuerte Proklamation des FZM. Haynau den 1. Juli aus Bana befiehlt die Ablieferung der Kossuth-Noten, ob sie sich in den Händen von Privaten oder in Gemeindekassen befinden. Nach 48 Stunden verfallen die Besitzer, die sie nicht ausfolgten, der kriegsrechtlichen Behandlung. — Bem soll sich wieder in Hermannstadt befinden, von wo er die Einwohner Siebenbürgers in zahlreich verbreiteten Proklamationen auffordert, sich gegen die Russen mit aller Kraft zu rüsten. Ein dreitägiges Fasten wurde angeordnet und in dieser Zeit mit allen Glocken geläutet. — Die Festung Peterwardein wurde am 29. v. M. zum zweiten Male vom Banus zur Uebergabe aufgefordert. Kiß, der daselbst kommandirt, gab zur Antwort, daß er sich eher unter den Wällen von Peterwardein begraben lasse. — Zur Cernirung der Festung Komorn ist das 2. Armeekorps unter F. M. L. Csorich bestimmt, und hat am 6. d. die Brücke bei Lél auf Pusta Lowad in der Richtung nach Acs sammt dem Brückenkopfe beendet und besetzt, wodurch die Verbindung dieses Armeekorps mit der Hauptarmee hergestellt ist. Das Hauptquartier der letzteren steht mit den Reserven in Nagy-Igmand; das erste Armeekorps hält Almasy, das 3. Dotis besetzt. — Der russ. General-Lieutenant v. Grabbe hat, nachdem er seine Stellung bei Kubin und Rosenberg verlassen, die Offensive ergriffen. — Debreczin ist am 3. d. vom 4. russ. Armeekorps, in Folge der Aufforderung einer bis Hadhaz entgegengekommenen Deputation, besetzt worden*). — Nach eben eingelaufener Nachricht sind die beiden Bergstädte Schemnitz und Kremnitz von den russ. Truppen ohne den geringsten Widerstand besetzt worden. — Ueberläufer und Gefangene brachten nach Acs die Nachricht, daß Görgey an seiner in der Schlacht am 2. d. erhaltenen Wunde krank darnieder liege. — In Raab befürchtet man das Ausbrechen großartiger Krankheiten, da die Atmosphäre um Komorn von den gefährlichsten Ausdünstungen verpestet ist. — In Großwardein haben die Insurgenten großartig angelegte Waffen-Werkstätten. Auch bei 1000 Mann des 5. Artillerie-Regiments, die theils früher in Pesth garnisonirten, theils auch bei der Südarmee anfänglich gegen die Serben kämpften, werden hierzu verwendet.

Nach den neuesten Nachrichten aus Nagy-Igmand von gestern waren Nachrichten aus Pesth bis Samstag eingegangen, nach welchen dort ungeheure Entmuthigung herrschte, trotz eines angeschlagenen, von Meszaros unterzeichneten Plakates, in welchem zu lesen war, daß die österreichische Armee von Görgey bei Acs auf's Haupt geschlagen, nichts mehr für Pesth zu fürchten sei u. s. w. Die österreichischen Gefangenen waren von Debreczin nach Pesth geführt worden, und durch diesen Rückmarsch gingen auch den größten Fanatikern in Pesth die Augen auf. Nach Waitzen war, wie man vernimmt, die Kommunikation bereits abgesperrt, und die Russen zogen über Erlau heran. Alle magyarischen Truppen ziehen sich nach Szolnok, wohin auch die abgetragenen Brücken von Gran und Ofen gebracht wurden. Klapka soll bei Komorn das Oberkommando führen. Dembinski, der durch die Russen von den Karpathen hergetrieben wurde, ist jetzt dem Oberkommando des Meszaros untergeordnet. — Die Machthaber in Pesth müssen am Samstag die Unterwerfung der Debrecziner schon gewußt haben. — Der Banus hat nach den letzten Berichten aus Sove am 6. d. bei Földvar ein verschanztes Lager errichtet und wartet dort die russischen Operationen in Siebenbürgen und dem Banat ab.

(W. Z.)

Die von Kossuth erlassene **„feierliche Verwahrung der ungarischen Nation gegen die russische Intervention"** lautet (nach der Berl. konst. Ztg.) folgendermaßen:

„Die ungarische Nation, im innersten Mark ihres Staatslebens angegriffen, hat mit Hülfe des gerechten Gottes den Aufruhr bekämpft, den zuwider dem Gesetze und der Verfassung, das treubrüchige Herrscherhaus selbst durch die schrecklichste Kabale und Gewaltthat aufgestachelt hat, und sie hat die zum Morde der Freiheit und Selbstständigkeit der Nation beorderten österreichischen Schaaren bis zu den Grenzen des Landes zurückgedrängt.

Und mit einstimmiger Begeisterung und Zustimmung der Nation hat sie, Kraft ihres unveräußerlichen Nationalrech-

---

*) Unser Wiener *-Korrespondent schreibt uns dagegen: „Die Bankdirektoren haben Sonntags beschlossen, die neuen Kassa-Anweisungen, welche sie Anfangs nicht gegen Banknoten umtauschen wollten, anzunehmen. Dies scheint uns der Anfang weiteren Entgegenkommens von dieser Seite zu sein."

*) Die Wiener Ztg. meldet: „Nach eben erhaltenen offiziellen Nachrichten aus dem k. russischen Hauptquartier des Feldmarschalls Fürsten von Warschau in Miskolcz vom 5. d. war daselbst die Anzeige vom 4. russischen Armee-Korps eingelangt, daß Debreczin mittelst einer bis Hadhaz entgegengekommenen Deputation sich freiwillig der Gewalt Sr. Majestät des Kaisers unterworfen hat, und in Folge dessen die Stadt am 3. Abends in Besitz genommen worden ist."

tes und der heiligen Pflicht der Selbsterhaltung ausgesprochen für ewige Zeiten die Verbannung des Hauses Habsburg-Lothringen, welches sich mit den schauererregensten Verbrechen und Treuebruch befleckt hat.

Nie hat eine Nation einen gerechteren Kampf gekämpft.

Nie ist ein herrschendes Haus gerechter gestraft worden.

Nie konnte eine Nation mit billigerer Erwartung hoffen, daß ihre mit allgemeiner Willenseinheit gebildete Regierung im Schooße des Friedens und der Ruhe im Stande sein werde, Sorge zu tragen für die Heilung jener Wunden, die der thronverlustige Tyrann dem Herzen dieser Nation geschlagen.

Und siehe, ohne alle Kriegserklärung zeigen sich russische bewaffnete Massen auf dem Gebiete des benachbarten Galiziens und Krakau, aufgerufen von dem gottlosen Hause Habsburg, Ungarn mit Einbruch bedrohend.

Alle Vorbereitungen, alle Berichte weisen darauf hin, daß das eben so tyrannische, als wegen der eigenen Verbrechen ohnmächtige Habsburg-Lothringensche Haus durch eiu Bündniß mit der russischen Macht über dem Grabe der viel ausgestandenen ungarischen Nation den Thron seiner tyrannischen Macht neuerdings aufzurichten bemüht ist.

Die ungarische Nation ist entschlossen, auch diesem Angriffe zu begegnen.

Sie ist entschlossen, lieber bis zum letzten Mann zu verbluten, als ihren Mörder je als ihren Herrn anzunehmen.

Aber indem sie in diesem ihren ernsten und unerschütterlichen Beschlusse mit andächtiger Hoffnung dem Siege der gerechten Waffen entgegen sieht, beruft sie sich zugleich mit dem Gefühle unversöhnbarer Erbitterung auf Gott und die Völker der civilisirten Welt, und legt feierliche Verwahrung ein gegen die ungerechte Intervention der russischen Macht, die einem treuebrüchigen Tyrannen zu Liebe alles Menschen- und Völkerrecht frevlerisch mit Füßen zu treten gesonnen ist.

Sie erläßt diese Verwahrung im Gefühle der unzweifelbaren Pflicht der nothgedrungenen Selbstwehr.

Sie thut sie im Namen jenes allgemeinen Völkerrechtes, welches den geheiligten Grundstein der gegenseitigen Beziehungen der Staaten bildet.

Sie thut sie auf Grundlage jener Verträge, Erklärungen und Proteste, welche das Leben der Nationen gegen die übermächtigen Eingriffe der Usurpation unter den gemeinschaftlichen Schutz des Rechtsgefühls aller übrigen Nationen stellen.

Sie thut sie im Namen der Freiheit, des europäischen Gleichgewichtes und der Civilisation.

Sie thut sie im Namen der Menschheit und jenes unschuldigen Blutes, welches in solchem Kriege vergossen, die Rache eines gerechten Gottes aufrufen muß.

Die ungarische Nation rechnet zuverlässig darauf, daß dieser ihrer Verwahrung die warme Sympathie aller rechtachtenden Völker entsprechen wird.

Doch sollte sie auch von der ganzen Welt verlassen sein, erklärt sie mit entschlossenem Selbstbewußtsein vor Gott und der Welt, daß sie vor tyrannischer Macht sich nicht beugen und den gerechten Kampf der Selbstwehr bis zum letzten Blutstropfen fortführen werde. Gott und die gebildete Welt sei Richter zwischen uns und unseren tyrannischen Angreifern.

Im Namen der ungarischen Nation:

Ludwig Kossuth m. p., Gouverneur.

Graf Casimir Batthyany m. p., Minister des Auswärt."

✱ Die Krakauer Mittheilungen sind sehr trübe. — Oesterreichische und russische höhere Polizeibeamte sind seit einigen Tagen in Krakau eingetroffen, unter andern der Polizeimeister Generallieutenant Sobolew; man fürchtet Untersuchungen. Viele Kranke, wenige Verwundete liegen in den Lazarethen. Verhaftungen junger Leute, welche nach Ungarn hinüber wollten, finden häufig statt und setzen viele Familien in Kummer.

Rußland.

✱ Aus Warschau hört man von mancherlei Fortschritten der Russifizirung Polens. Die Einführung der adligen Marschälle in den Gubernien ist eine sehr wichtige administrative Maßregel, die sich zu Gunsten der Regierung in den altpolnischen Provinzen bewährt hat. Zu den Hauptattributen eines solchen Adelsmarschalls im Gubernium gehört a. die Beaufsichtigung der Adelsgenealogien und ihre Purifikation, b. ein Theil der Kreispolizei in ziemlicher Ausdehnung, c. die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse und die Zinsbestimmung, d. die Vertheilung nothwendiger Unterstützungen an Landleute, e. die Oberaufsicht über alle wohlthätigen Institute. Da diese Pflichten ohne Gehalt übertragen werden und die Belohnung in Orden, Titeln und Auszeichnungen anderer Art besteht, so kann eine solche Stelle nur vom reichen Adel übernommen werden, der dann aber auch dem Staat sich treu ergiebt und sorgsamer wie der geborne Russe für das Staatsinteresse wacht. — Dieser aus 25 Paragraphen bestehende Ukas vom 12. Juni d. J. ist ein für die politische Ruhe Polens höchst wichtiges Gesetz.

Schweiz.

Zürich, 5. Juli. Brentano ist hier im Hotel Bellevue angekommen. Aus Basel wird unterm 4ten gemeldet, Mieroslawski, der Tags zuvor nach Bern abgereist, habe eine große, schwere Geldkiste mit sich geführt, die vier Männer kaum tragen konnten. Waffen und Pferde werden von den Flüchtlingen um Spottpreise verkauft. Struve ist am 3. über Basel ins Innere der Schweiz gegangrn. Oberstlieutenant Buser war schon am 1. wieder in Liestal zurück.

(D.-P.-A.-Z.)

Frankreich.

✝ **Paris**, 8. Juli. [Tagesbericht.] Der heutige Sonntag ist hier so ruhig, wie man es außerhalb kaum glauben dürfte. Die Wahloperationen geben zu nichts Erheblichem Veranlassung, und selbst die Börse ist heute ohne Gerüchte. — Folgender interessanter Fall ereignete sich gestern Abend in einer Vorversammlung zu den Wahlen. 2000 Arbeiter hatten sich in der Vorstadt St. Antoine versammelt, und der Präsident benutzte die Wahlversammlung, um über ein beliebtes Thema, „die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen", das Wort zu ergreifen. Der Redner gerāth in Hitze, und folgende Worte entschlüpfen seinem Munde: „Bürger, wir sind unter der Herrschaft einer Bande von Mördern..." Bei diesen Worten springt der Polizeikommissär auf und ruft: „Präsident, ich nehme Akt von diesen Worten." Ein entsetzlicher Tumult erhebt sich. Die zweitausend Stimmen rufen insgesammt, das der Präsident nur figürlich gesprochen, daß er nur auf politische Mörder anspielen wollte ꝛc. — Inmitten dieses Lärmens stößt Einer vom Bureau den Ruf aus: „Es lebe die demokratisch-soziale Republik!" Da erhebt sich der Kommissär zum zweiten Male: „Bürger, Sie haben einen Schrei des Aufruhrs ansgestoßen; Sie haben ein Verbrechen begangen." Darauf bricht der Sturm los. Alles ruft: „Es lebe die sozial-demokratische Republik! Nieder mit der Polizei! Nieder mit den Tyrannen! Wir Alle sind strafbar! ꝛc." Der Kommissar entfernt sich. „Er geht die Wache holen", heißt es, und die bravsten Schreier machen sich am ersten davon. Das Büreau wurde nichts desto weniger durch die Geschicklichkeit des Commissars verhaftet, und das Drama war zu Ende. — Dergleichen Vorfälle sind leider nur zu sehr geeignet, unsere Arbeiterklasse mehr und mehr aufzustacheln und zu reizen. Armes Volk, wenn wirst du zur Ruhe kommen? — Drouyn de Lhuys ist durch Präsidentschafts-Dekret zum außerordentlichen Gesandten in London ernannt worden. — Wie es heißt, wird der General Oudinot 6,000 Mann in Rom zurücklassen, die in Gemeinschaft mit 4,000 Spaniern die Sicherheit des päpstlichen Thrones bewachen werden. Mit dem Rest des Expeditions-Corps wird Oudinot nach Frankreich zurückkehren. — Aus Straßburg wird gemeldet, daß man den dort ankommenden deutschen Flüchtlingen die Wahl läßt, entweder nach den innern Departements abgeschickt zu werben, oder in der afrikanischen Fremden-Legion Dienste zu nehmen. Die Militärpersonen nehmen dieses Letztere gewöhnlich an. — In einer Ausstellung ist heute der Anschlag zu lesen, daß der Prinz Napoleon dieselbe besuchen wird.

Straßburg, 6. Juli. Reisende, welche heute aus dem badischen Oberlande über Basel kommen, berichten, daß der Kampf daselbst vorüber und die letzten Trümmer der Insurgentenarmee nach der Schweiz zu entkommen suchten. — Heute sind wieder sehr viele badische und baierische Soldaten nach Algier gezogen, um in die Fremdenlegion zu treten. — Die Postverbindung zwischen hier und Karlsruhe ist wieder hergestellt; allein dieselbe bleibt so lange mangelhaft, als sich Rastatt nicht übergeben hat. Die Zahl der preußischen Truppen, welche diese Festung umzingeln, betrug gestern 20,000 Mann. — In Kehl liegt nur noch ein Bataillon, indem die übrigen Regimenter nach dem Oberlande gezogen. — Die oberrheinische Dampfschifffahrt erfreut sich einer ganz außerordentlichen Frequenz, da sie jetzt die beste und wodlfeilste Reisegelegenheit ist. Die Unterbrechung der Eisenbahn-Fahrten verschafft auch den Booten, welche zu Berg gehen, viele Passagiere.

Straßburg, 7. Juli. Heute früh ist ein starker Transport deutscher Freischärler nach Pactou (Languedoc) abgegangen. — Die Untersuchung wegen dem zu Rastatt erschossenen französischen Gesandtschafts-Courrier Weill wird eifrig betrieben. Dr. Küchling von Kehl ist deshalb noch immer verhaftet.

(F. J.)

Italien.

✱✱ [Römische Angelegenheiten.] Die französische Regierung hat folgende telegraphischen Depeschen veröffentlicht: 1) Marseille, 7. Juli, 3½ Uhr Morgens. Der General-Kommandant der 7. Division an den Kriegsminister. Ein Adjutant des Generals Oudinot ist gestern Abend angekommen; er reist mit dem heutigen Courier nach Paris ab. Er bringt eben die Meldung, daß die französische Armee am 3. in Rom eingezogen ist. 2) Marseille, 7. Juli, 10 Uhr Morgens. Der Adjutant des Generals Oudinot theilt mit, daß Garibaldi mit 5—6000 Mann am 3. Juli des Morgens Rom verlassen, und wie man glaubt, sich nach Terracina gewandt hat. Die 1ste Division des Expeditions-Korps ist am 4. abgezogen, um ihn zu verfolgen. — Aus dem Rapport des Generals Oudinot vom 30. Juni, entnehmen wir Folgendes: Bei dem heute stattgehabten Sturm haben unsere Truppen mit einer Energie gefochten, der nichts zu widerstehen vermochte. Sie haben mit dem Bajonett mehr als 400 Mann getödtet; über 125 Gefangene sind in unsere Gewalt gerathen, worunter 19 Offiziere aller Grade. Unsere Verluste sind verhältnißmäßig gering; sie belaufen sich auf 9 Todte, worunter 1 Offizier, und 110 Verwundete, worunter 18 Offiziere. Dieser zweite Sturm giebt unserer Armee einen immensen moralischen Aufschwung. Der Feind hat zwei Hauptfronten verloren; unsere Batterien bestreichen die ganze Stadt. Die Vertheidigung noch zu verlängern, wäre unsinnig, und würde nicht nur zur Zerstörung der Häuser, sondern auch zum Ruin der Familien führen. Während des Kampfes, der auf den verschiedensten Punkten gekämpft ward, und von 2 bis 5½ Uhr Morgens währte, versuchten die Römer unsere über die untere Tiber geschlagene Brücke in Brand zu stecken. Mehr als 50 Brander sind angehalten und zerstört worden. Was endlich noch dem Feinde die Möglichkeit des ferneren Widerstandes raubt, ist, daß seine Pulvermühle in Tivoli durch den General Sauvan zerstört worden ist. Es wurden daselbst täglich an 24 Zentner Pulver fabrizirt. — Auf allen Punkten haben Generäle, Offiziere und Soldaten ihre Pflicht bewundernswerth erfüllt. — Eine Korrespondenz aus Marseille vom 5. Juli meldet, daß sich der König von Neapel mit Concelles, Harcourt und Rayneval dahin verständigt hat, eine Konferenz mit dem General Oudinot abzuhalten. Aus Rom wird noch gemeldet, daß außer Garribaldi auch Mazzini die Flucht ergriffen hat. — Der „Pariser Constitutionnel" meldet, daß die französischen Truppen unter Freudensbezeugungen der Bevölkerung in Rom eingezogen sind, und daß der Dienst von den Franzosen und der Bürgergarde versehen wird.

✱ **Wien**, 10. Juli. Aus offiziellen Mittheilungen, sind wir in der Lage, den Stand der neuesten Unterhandlungen mit Venedig bis zum 1sten d. M. auszugsweise wieder zu geben. Obwohl die Verhältnisse in Italien sich neuerlich viel günstiger gestaltet haben, so hat es doch Oesterreich, um Blutvergießen zu ersparen und eine so bedeutsame Stadt wie Venedig zu schonen, nicht verschmäht, noch einmal die Hand der Versöhnung zu bieten, und es sind zu diesem Behufe noch am 21. und 22. Juni zu Verona Unterhandlungen zwischen dem Handelsminister von Bruck und den venetianischen Abgeordneten Calucci und Pasini gepflogen worden. Im Einverständniß mit dem FM. Radetzky wird den Venetianern nicht nur eine gesicherte politische Existenz auf den Grundlagen vaterländischer und freisinniger Institutionen gleich jenen des ganzen lombardisch-venetianischen Königreiches, in Aussicht gestellt, es wurde ihnen außerdem die Belassung der Hafenfreiheit, die theilweise Anerkennung der öffentlichen Schuld, mittelst deren Amortisation zu Lasten des Municipiums, die Nachsicht jeder Geldbusse oder Kriegssteuer, endlich die volle Amnestie für die Mehrzahl der Kompromittirten, und die mildeste Erleichterung für die Schwerbeinzüchtigten versprochen, und das diesfallsige Schreiben an Manin unter dem 23. Juni ausgefertigt. Doch die Hoffnung, daß es gelingen werde, sich bei den Venetianern Geltung zu verschaffen, war umsonst, denn am 1. Juli erfolgte die Rückantwort, in welcher über Beschluß der Assemblea nazionale mit 105 Stimmen von 118 die gestellten Bedingungen zurückgewiesen wurden, indem dieselben nicht von solcher Natur seien, daß sie eine, für beide Theile ehrenhafte und befriedigende Ausgleichung zuließen.

Großbritannien.

London, 7. Juli. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses stellte Hr. Hume eine Anfrage wegen unserer Beziehungen zu Oesterreich und namentlich, ob die Intervention Rußlands in Ungarn den Wiener Verträgen ein Ende machen würde? Ob an der Cession Galiziens etwas Wahres sei? Und wie sich England dabei verhalten würde? In Abwesenheit Lord Palmerstons erklärte Lord John Russell, von einer Aufhebung oder Verletzung der Wiener Verträge sei gar nicht die Rede; Rußland sei lediglich auf Oesterreichs Verlangen zur Unterdrückung der Insurrektion in Ungarn eingeschritten und von Gebiets-Abtretungen wisse er nichts. Auf Herrn Osbornes Frage, warum er die Erhebung der Ungarn eine Insurrektion nenne, erwiederte Lord J. Russell, er glaube diese Frage nicht beantworten zu müssen, worauf Herr Osborne sich vorbehielt, die ungarische Frage zum Gegenstand einer eigenen Debatte zu machen. Eine Anfrage des Herrn Sandavs wegen der Absetzung der englischen Vicekonsuln in Stettin und Swinemünde (deren Verbrechen darin bestand, die Wahrheit über die dänische Blockade berichtet zu haben) blieb in Abwesenheit Lord Palmerstons unbeantwortet. Hierauf wurde die Debatte über Herrn d'Israeli's Antrag wegen des Zustandes der Nation fortgesetzt, und derselbe, nachdem Sir R. Peel die Behauptungen des Antragstellers auf's Glänzendste demolirt und Lord John Russell seine eigene Verwaltung gegen die ihr gemachten Vorwürfe gerechtfertigt, mit 296 gegen 156 Stimmen verworfen. — Herr Drouin de L'huys wird als Gesandter der französischen Republik hier erwartet.

Lokales und Provinzielles.

✱✱ **Breslau**, 9. Juli. [Der Anti-Guizot des Herrn Pflücker.] Unter dem Titel: „Rechtfertigung der Demokratie gegen Guizot" ist dieser Tage eine Broschüre von Herrn Stadtgerichtsrath

Pflücker erschienen, deren Grundzüge wir im Folgenden dem Leser angeben wollen.

Als die „streitenden Prinzipien" in allen Völkerbewegungen bezeichnet der Verfasser das Recht des Einzelnen, die Freiheit, und das Recht der Gesellschaft, die Ordnung. Dieser Grenzstreit bildet zwei große Parteien, von denen die eine zum Wahlspruch hat: „keine Freiheit ohne Ordnung!" die andere: „keine Ordnung ohne Freiheit!" Beide wollen also Freiheit und Ordnung, allein sie streiten darum, womit der Anfang zu machen sei. Der Verfasser bezeichnet diesen Kampf als „den Streit der Demokratie gegen die Autoritäten" und knüpft nun hieran den Nachweis, daß Guizot für die Autoritäten kämpft, während das Prinzip der Demokratie das ist, daß sie keine Autoritäten will, sondern „die Gleichberechtigung Aller in der Gesellschaft neben der freien Entwickelung der Fähigkeit des Einzelnen." Der Grundunterschied dieser Gegensätze sei der, daß das Prinzip der Autoritäten der Präventionsmaßregeln zum Regieren bedarf, die demokratische Regierung hingegen nur die Sorge hat: „so oft sich ein bewegendes Element im Volke kund thut, welches mit den Gesetzen im Widerspruch steht, das Volk zu befragen."

Was die „Staatsform der Demokratie" anbelangt, so ist es die Ansicht des Verfassers, daß die wahrhafte Demokratie gar nicht nach der Staatsform frägt, und „daß sie, dem Throne, wie dem Prasidentenstuhle gegenüber, immer eine und dieselbe bleibt." Es sei daher falsch, wenn Guizot behauptet, daß die Demokratie, die niederen nnd höheren Volksklassen sich um der Staatsform willen bekämpfen. Der Einwurf, daß die demokratische Monarchie noch keine Geschichte habe, wird als unhaltbar zurückgewiesen.

In dem § „die soziale Republik" erklärt sich der Verfasser mit Dem, was die Guizot'sche Schrift über den Sozialismus sagt, wesentlich einverstanden, nur weist er die Beschuldigungen gegen die Demokratie zurück. Guizot nämlich weist nach, wie die soziale Republik alle Ideen von Familie, Erbschaft, Eigenthum, Staat und Vaterland vertilgen will, indem sie nur Einzeln-Wesen, nur ein ephemeres Dasein, ohne Beziehung auf Gott, Vorsehung und künftiges Leben, kennt; sie mache den Menschen zum Thiere und die Gesellschaft zum Chaos. „Und die Demokratie," heißt es im Guizot, „ist es, welche dies Alles mit verschuldet, weil auch sie die Gleichheit predigt." — Hierauf bemerkt Pflücker, daß die Demokratie dem Einzelnen an seinen Rechten nicht mehr nehmen will, als das Bestehen der Gesellschaft nothwendig mache, und daß sie nicht die Gleichheit Aller an und für sich, sondern nur die Gleichheit in der Gesellschaft lehre.

Der nächste § handelt von den „politischen Elementen im Volke." Guizot sagt: „Um den Kern der Nation, die Legitimisten und Orleanisten, wogt die große Masse des übrigen Volkes, ohne festes, politisches Bewußtsein, kämpfend gegen alles Bestehende, aufgeregt und gegängelt von Kommunisten, Sozialisten und Anarchisten. Diese Leute, die Kommunisten und Genossen, sind aber merkwürdiger oder natürlicher Weise alle Republikaner, weil sie in dieser Staatsform den geringsten Widerstand der Regierung und für sich die größte Macht erwarten." — Pflücker begegnet diesem Vorwurfe zunächst damit, daß, wie er schon früher angedeutet, die Demokratie nicht mit Sozialismus, Kommunismus rc. zu identifiziren sei, und wenn man sie in einem und demselben Lager antreffe, so sei dies natürlich, weil sie jetzt alle einen gemeinsamen Feind bekämpfen. Auch in dem konstitutionellen Lager finden sich Bundesgenossen, wie Absolutismus, Hierarchie, Privilegium, die Guizot doch gewiß nicht als Freunde anerkennen will. Sodann bestreitet Herr Pflücker, daß in den höheren Ständen von Frankreich keine Republikaner vorhanden wären. Die Zahl der Republikaner in den Schichten, wo sich Arbeit und Brod noch verbrüdern, wäre durchaus nicht gering. — „Im Guizot, heißt es ferner, „daß eine Repräsentation aller Interessen durch die Wahlen des Volkes unausführbar, eine Einheit nicht zu erzielen sei. Das „l'état c'est moi" sei auch im Munde des Volkes unstatthaft. Das bewegende Element könne nicht von dem stabilen mit vertreten werden, eines müsse unterliegen. Darum gebe es für Frankreich nur eine Alles versöhnende oder ausgleichende Staatsform: die konstitutionelle, die Theilung der Staatsgewalt, das historische Königthum mit erblichen Pairs und direkt gewählter Volksvertretung. Denn die Demokratie müsse im Staate zwar viel, aber nicht alles gelten. Jede der drei Gewalten müsse stark sein, wie in England und — wenn auch in anderer Form — selbst in den Unionsstaaten, nicht aber um der Freiheit willen die Spitze des Staates geschwächt werden."

Pflücker erklärt sich nur damit einverstanden, daß die Regierungsgewalten in jeder Staatsform stark sein müssen, nur über die Mittel, diese Gewalten zu stärken, ist er anderer Meinung. Er kann es Guizot nicht zugeben, daß gleiches Gesetz und Einheit des Rechts das Aeußerste sind, was in einem freien Staate gewährt werden kann, sondern komme es vielmehr darauf an, wer die Gesetze mache, und wer das Recht spreche. So lange einzelne Stände ein entschiedenes Uebergewicht hierbei haben, so lange würde das Volk auch nicht zum Genusse der Freiheit gelangen, und es sei eine ungegründete Furcht der besitzenden Klassen, daß die gleiche Theilnahme der Nichtbesitzenden an der Gesetzgebung Gesetze zu Wege bringen könnte, welche die staatliche Ordnung stören. Es sei auch das ein Irrthum, wenn man fürchtet, daß durch die Herrschaft des Volkes der heilsame Einfluß der Höheren in geistiger Bildung, der Erfahrung und der Capacitäten vernichtet oder geschwächt würde. Die Anerkennung des höheren geistigen und sittlichen Standpunktes eines Andern sei selbst in der rohesten Menschennatur tief begründet, und müsse nicht der Stand, sondern eben diese Bildung geltend gemacht werden. Wenn in dieser Zeit der Bewegung so Viele ohne sittliche und geistige Berechtigung als Führer der demokratischen Partei aufgetreten seien, so wären das nicht die Männer der ruhigen Wahl gewesen; sie bildeten die Spitzen, weil sie am weitesten gingen, allein sie verschwinden auch vom Schauplatze, wenn der Kampf vorüber ist.

Die Betrachtung über „politische Reife" giebt dem Verf. zu folgenden Bemerkungen Veranlassung. Eine der ersten politischen Tugenden sei, daß die Staatsbürger Gemeinsinn haben, eine Tugend, deren auffallender Mangel gerade in den höheren Schichten des Volkes wahrzunehmen sei, während sie vorzugweise in den so benannten arbeitenden Klassen allgemein angetroffen wird, ohne daß die Gesellschaft davon Notiz nimmt. Der Verf. beruft sich, um über die politische Befähigung der verschiedenen Volksklassen Licht zu verbreiten, auf die Bewegung im Jahre 1848. „Unmittelbar nach den Märzkämpfen," sagt er, „erschien wohl die Begeisterung für die errungene Freiheit, für die neue Gestaltung des Staats, eine allgemeine, alle Schichten des Volkes durchdringende: aber als es darauf ankam, diese Freiheit zu befestigen, auf der einen Seite der Anarchie zu wehren, die Bilder erhitzer Phantasie zu zerstreuen, die freigewordenen Massen vernünftig zu leiten, da blieben nur Wenige aus den höheren Ständen sich und dem Volke treu; ihre große Mehrheit zog sich vor Bequemlichkeit, Zaghaftigkeit oder Interesse zurück, überließ den unteren Schichten den Wahlplatz, verschuldete es selbst, daß deren Bewegungen oft übergreifend und der Freiheit gefährlich wurden, und — was das Schlimmste — bestärkte die Regierung durch ihre Apathie in dem zu leicht aufgefaßten Wahne: daß nicht die große und gewichtige Mehrheit des Volkes, sondern nur ein kleiner, meist im Proletariat wurzelnder Theil auf jener Freiheit bestehe." — Gegenüber dieser politischen Unreife in den höheren Ständen, befinde sich in den untern Schichten eine Unreife anderer Art, nämlich, die allzugroße Empfänglichkeit für das verneinende Prinzip in der Demokratie, eine allzugroße Empfänglichkeit für das Extreme, was nach der Ansicht des Verf. in der meist so beklagenswerthen sozialen Lage dieser Volksschichten eine Entschuldigung findet. — Als Resultat dieser Betrachtung hebt der Verf. heraus, „daß die Stände sich in ihrer politischen Reife das Gleichgewicht halten, und daß der politische Gegensatz, in welchen sie nach dem ersten Freiheitsjubel gerathen sind, vorzugsweise den sogenannten höheren Ständen zur Last zu legen ist, weil von ihnen, der Natur der Sache nach, das Entgegenkommen, die Verständigung ausgehen mußte."

Nach dieser Digression kehrt der Verf. zur Guizotschen Schrift zurück und behandelt hauptsächlich die sozialen Fragen. Auf diesem Boden befindet er sich mit Guizot mehr im Einklange als auf dem rein politischen. „Diejenigen Partien seiner Schrift," sagt Hr. Pflücker, „welche über diese Verhältnisse der Gesellschaft sprechen, sind auffallend deutsch gedacht und gefühlt; in ihnen finden wir ebensoviel Tiefe und Innigkeit der Ueberzeugung, wie wir in den politischen Partien Oberflächlichkeit, Abgerissenheit und Schwäche bemerken mußten." — Guizot findet in der Pflege des Familien-, des politischen und des religiösen Geistes die moralischen Bedingungen für den sozialen Frieden. Pflücker gesteht ihm die beiden ersten Geister ohne Weiteres zu. Wenn Guizot aber in Betreff des religiösen Geistes verlangt, daß die Regierung den Lügen und Aufregungen der Demagogen gegenüber den Geistlichen mehr Einfluß verschaffen müsse, so findet Pfl. darin „das alte Bündniß des Absolutismus mit der Hierarchie," wogegen Guizot die wichtigste Bedingung des sozialen Friedens vergessen zu haben scheine, die Volksschule. In der Bildung des Volkes findet der Verf. die sicherste Schutzwehr gegen die Demagogie, von welcher Seite sie immer kommen möge.

Die Schrift schließt mit folgenden Sätzen: „So lange man," sagt Hr. Guizot, in seinem Schlußworte, „in der Gesellschaft nur die Demokratie und nichts anderes sehen will, so lange wird jede Regierung und mit dieser auch jede legale und starke Freiheit unmöglich sein." — „So lange, sagen wir, die Demokratie, diese Demokratie, welche wir hier vertheidigten und welche Herr Guizot nicht verstanden hat, in der Gesellschaft nicht zur vollen Geltung kommt, so lange wird die Freiheit nicht gesichert und keine Regierung von Dauer sein."

In einem Anhange spricht sich Hr. Pflücker über die Auflösung der zweiten preußischen Kammer aus, eine Auseinandersetzung, die der Verf. nur zum Theil und zwar bis Seite 33 „Wer aber noch einen Zweifel darüber hegt," in Nr. 101 dieser Zeitung veröffentlicht hat.

Die Kritik der Schrift behalten wir uns noch vor.

Breslau, 9. Juli. [Ernte. — Todesfälle.] Heute hat man in der weiten Umgegend da und dort, z. B. in Masselwitz, eine Meile von hier, mit der Getreide-Ernte einen Anfang gemacht. Welchen Ertrag dieselbe bietet, wird die nächste Zukunft lehren. — Heute vor 14 Tagen begrub man einen Veteranen der Heilkunst, ein Opfer seiner Berufs-Thätigkeit, den 80jährigen Medizinalrath Dr. Hanke, welcher, weit über ein halbes Jahrhundert hinaus, Tausenden von Kranken durch seinen hellen Geist, durch seinen richtigen Blick, durch sein wohlwollendes Herz, durch seine geschickte Hand ein rettender, wenigstens lindernder Engel gewesen war. Welche Verdienste hat er sich allein bei der Pflege der Militär-Heilanstalten in den Jahren 1806—7, 1813—15, welche Verdienste eine lange Reihe von Jahren, durch seinen rastlosen Eifer für die Krankenanstalt der „Barmherzigen Brüder" erworben! Und heute zog vom Lazarethe auf dem Bürgerwerder durch die ganze theilnehmende Stadt, unter ansehnlichem Geleite von Militär und Civil, die Leiche eines überaus hoffnungsvollen Jüngers Aeskulaps, welchen, in der ganzen Fülle seiner jugendlichen Kraft, auch ein Opfer der rastlosen Anstrengungen in seinem Berufe, mitten aus demselben heraus der Arm des Todes ganz urplötzlich hinweg gerafft hatte, ohne die mindeste Vorahnung desselben, ohne ein Wort des Abschieds von seiner Braut, welche er in wenig Tagen zum Traualtar zu führen gedachte. Es war der Militär-Assistenz-Arzt im 23. Infanterie-Regiment und Sekretär des Militär-Medizinal-Stabs des 6. Armee-Corps, Otto Hildebrandt, Mitglied des wundärztlichen Vereins, Tag und Nacht wacker, den schwarzen Feind seiner schlesischen Brüder zu bekämpfen, ungemein geachtet und beliebt bei Alt und Jung. Beide Militärgeistliche amtirten würdig, dem Würdigen zu Ehren, an seinem Grabe. In dasselbe wetteiferte unter unzähligen Thränen die allseitig sich herzudrängende Theilnahme und Dankbarkeit, so daß der ganze Sarg buchstäblich überschüttet wurde — es wollte schlechterdings gar nicht enden — eine Hand voll Erde zu werfen. Diese sei ihm leicht.

E. a. w. P.

---

* **Breslau**, 11. Juli. [Versammlung des evangel. Vereins.] Präsident ist Sommerbrodt. Worthmann kündigt an, daß der beschlossene Fragekasten vorhanden sei. Der Protokollführer verliest die Antwort des Ministers auf die Eingabe des evangel. Vereins um Wiederverlegung des evangel. Schullehrer-Seminars nach Breslau. Dieselbe lautet abschläglich, versichert aber den Verein, daß seine Bedenken und Besorgnisse ungegründet seien. Sie wird schweigend hingenommen. Darauf hält Böhmer einen Vortrag über den Ursprung der christlichen Kirche, worin er besonders den Gedanken auszuführen sucht, daß die Kirche mehr sei als bloß eine religiös-sittliche Gesellschaft, indem sie an dem persönlichen Christus den eigentlichen Lebensgrund und in dem durch ihn vermittelten heiligen Geiste die erhaltende und bildende Lebenskraft besitze, und zum Schlusse auf die Aufgabe des Vereins hinweist, den Geist Christi voll und frei in sich wirken zu lassen. Nachdem der Präsident hierauf dem Vortragenden in kurzen Worten Dank für seinen inhaltvollen und anziehenden Vortrag gespendet hatte, wurde die Debatte über den Vortrag wieder aufgenommen. Gegenstand derselben war diesmal das Zahlenverhältniß der Geistlichen zu den Nichtgeistlichen auf der Landessynode. Die Verhandlungen darüber waren lebhaft und interessant. Es betheiligten sich daran zwölf Redner. Vier Ansichten traten mit einander in die Schranken und wurde jede durch gewichtige Gründe verfochten; die eine, daß die Zahl der Geistlichen und Nichtgeistlichen gleich sei, die zweite, daß die Geistlichen ein Drittheil, die Nichtgeistlichen zwei Drittheile ausmachen sollten, die dritte, daß ein Drittheil aus Geistlichen, ein zweites aus Nichtgeistlichen bestehe, ein Drittheil aber ganz frei gewählt werde, und eine vierte, daß gar keine Beschränkung in der Wahl stattfinde, sondern die Sache lediglich dem Ermessen der Wählenden überlassen bleibe. Bei der Abstimmung erklärte sich die Majorität der Versammlung für die dritte, vermittelnde Ansicht. Mit dieser Abstimmung schloß die Sitzung.

(Breslau.) Dem praktischen Arzte und Geburtshelfer Dr. Kursawa zu Trachenberg ist Seitens des königl. Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten die Physikatsstelle des Kreises Militsch verliehen worden. — Dem bisherigen Stadtverordneten-Vorsteher Sandmann zu Reinerz ist nach der Wahl der Stadtverordneten

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 159 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 12. Juli 1849.

(Fortsetzung.)

die interimistische Verwaltung des Bürgermeister-Postens dortselbst übertragen worden. — **Bestätigt wurden:** der auf sechs Jahre gewählte Bürgermeister Hagemann in Sulau; bei der katholischen Stadtschule in Lewin der bisherige dritte Lehrer Ernst Zahlten als Lehrer der ersten Klasse und Kantor; der Adjuvant Wilhelm Mader zum Lehrer der zweiten Klasse, und der bisherige Kantor und Lehrer Amand Siegel als Lehrer der dritten (obersten) Klasse und Chor-Rektor; der bisherige Pfarrverweser in Jerschendorf, Herrmann Friedrich Gustav Nickisch, zum Pastor in Ochelhermsdorf; der Adjuvant August Wagner, als Lehrer der zweiten Klasse der Stadtschule zu Neurode.

Der Schuhmacher-Lehrling Gregor Geisler zu Ober-Langenau, Habelschwerdter Kreises, hat den beim Baden im Neissefluß verunglückten Knaben Eugen Geisler — welcher, obwohl denselben Namen führend, mit ersterem nicht verwandt ist — mit eigner Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Für diese verdienstliche, der Nacheiferung würdige Handlung ist der Gregor Geisler mit einer Prämie von 5 Rthlr. belohnt worden.

Die Kandidaten des Predigtamtes: Karl Gottlob August Baumgart aus Fürstenau, Karl Friedrich Robert Kristin aus Wohlau, Gustav Adolph Lange aus Waldenburg, Friedrich Theodor Richard Schwarz aus Breslau haben das Zeugniß der Wählbarkeit zum geistlichen Amte erhalten.

[Personalveränderungen im Bereiche der königlichen Intendantur des sechsten Armeekorps.] Der Intendantur-Sekretär Kausch und der Oberlandesgerichts-Auskultator Heinrich Großmann sind zu Intendantur-Referendarien befördert worden; der Intendantur-Referendarius Plaumann wurde zur Intendantur des achten Armeekorps nach Koblenz versetzt; desgl. der Intendantur-Sekretariats-Assistent Karl Großmann zur Intendantur des zweiten Armeekorps nach Stettin; der Proviant-Amts-Kontroleur Neumann zu Neisse ist mit Tode abgegangen; der Proviant-Amts-Gehülfe Crusius ist von Breslau nach Berlin versetzt worden; der Garnison-Verwaltungs-Inspektor v. Barchmin zu Neisse wurde zum Garnison-Verwaltungs-Ober-Inspektor befördert; der bisherige Diätarius bei der Garnison-Verwaltung zu Neisse, v. Winckler, ist als Kasernen-Inspektor in Posen angestellt, und dem Artillerie-Unteroffizier und Kommandanturschreiber Schmeidel zu Neisse ist die Kasernen-Aufseher-Stelle daselbst interimistisch verliehen worden.

Der Kaufmann Albert Heise in Brieg und der Kaufmann F. W. Scholz zu Schweidnitz haben ihre Agenturen für die Berliner Feuerversicherungs-Gesellschaft aufgegeben. Dagegen sind in dieser Eigenschaft die Kaufleute Gustav Koppe zu Brieg und C. W. Schäfer zu Schweidnitz für diese Städte und Umgegend, auf Grund der allerhöchsten Kabinetsordre vom 5. Januar 1847 bestätigt worden.

(Oppeln.) Der Regierungsassessor Bohrstedt ist als Ober-Bergamtsassessor angestellt; der Buchhalter Kerl zu Tarnowitz ist zum Bergzehntner, und der Kalkulator Rhenisch daselbst zum Rechnungs-Revisor ernannt worden.

Nachträglich sind noch zu Polizeianwälten ernannt worden: 1. für den Bezirk der Gerichtskommission zu Neu-Berun, Plesser Kreises, der Sergeant und Polizeiverwalter Fischer zu Groß-Chelm; 2. zu Rosenberg, für den dortigen Kreis, ausschließlich des Bezirks der Gerichtskommission zu Landsberg, der Gerichtsaktuar a. D. Hartlieb; 3. zu Oppeln, für den hiesigen Kreis, ausschließlich der besonderen Gerichtskommissionen überwiesenen Bezirke, der Regierungs-Sekretär Scheider, und 4. zu Guttentag der Kämmerer Arndt, für den Bezirk der dortigen Gerichtskommission. Ferner als stellvertretender Polizeianwalt: 5. zu Nikolai der Kämmerer Scherner, für den Bezirk der dortigen Gerichtskommission.

Mannigfaltiges.

[Gottfried Kinkel.] Die Allg. Ztg. giebt folgende interessante Notizen über den Gefangenen: Die vielen Freunde und Bekannten, welche Gottfried Kinkel nicht bloß in Deutschland zählt, sondern überall, wo man deutsche Kunst und Poesie kennt, wird wie ein Stich ins Herz die Nachricht getroffen haben, der unglückliche, verblendete Mann sei unter den Aufständischen an der Murg ergriffen, am Hinterhaupte blutend, mit gebundenen Händen, auf einem Leiterwagen in Karlsruhe eingebracht worden, und habe kaum vor den Mißhandlungen der Volkshaufen geschützt werden können. Die deutschen Künstler in Rom, die vor wenigen Jahren den in seltenster Schönheit blühenden Jüngling unter den Schätzen der Weltstadt gesehen, die ihm die Anschauungen zu seiner Kunstgeschichte geliefert, werden sich staunend fragen, ob das derselbe sei, der damals für nichts Sinn zu haben schien, als für die griechischen Götterbilder, für Raffael und Michel Angelo und für den Himmel Italiens. Auch die werden diese Frage thun, welche einst seine hinreißenden Kanzelreden in Köln gehört, oder die ihn später in seiner freundlichen Wohnung im Schlosse Poppelsdorf, umgeben von seiner Familie, einem geistvollen Weibe und zwei schönen bleichen Kindern, erblickt, oder im Kreise seiner rheinischen Freunde. Es ist derselbe. Was ihn von dem Lehrstuhle der rheinischen Hochschule auf die Barrikaden geführt, wir wissen es nicht, die wir seit Jahr und Tag den Rhein nicht besucht. Seit lange zwar hatte Kinkel in seiner Universitäts-Laufbahn sich zurückgesetzt gefühlt, auch hatte er viele bittere Erfahrungen durchmachen müssen, ehe er das Weib seiner Wahl sein eigen hatte nennen dürfen; indessen das Schlimmste schien überwunden, und vor dem dreißigjährigen Manne eine schöne Laufbahn aufgethan. Da kam das Jahr 1848 mit seinen berauschenden Hoffnungen und seinen schrecklichen Enttäuschungen. Kinkel, der sich überhaupt gern sprechen hörte, und dem die Rede bezaubernd vom Munde strömte, redete zum Volke, zu den Massen, zu den Arbeitern. Das unbeneidenswerthe Loos Freiligrath's und der beneidete Ruhm des Freundes, der mit immer wilderen Klängen in den Herzen der Jugend wühlte,

„Die Kugel mitten in der Brust, die Stirne breit gespalten,
So habt ihr uns auf blut'gem Brett hoch in die Luft gehalten.“ . . . . .

hatte schon vordem Kinkels Gemüth umfangen und gefangen. Die Ereignisse von Dresden, von Iserlohn und Elberfeld kamen hinzu. Immer breiter schwoll der Strom an, in welchem so viele, die Freiheit anrufend, ihre Freiheit verloren und die des Vaterlandes an die Spitze der Bayonnette hingen. Mit trauriger, unerbittlicher Konsequenz, mit dämonischer Gewalt wird, wer einmal den Massen versprochen, ihnen in der entscheidenden Stunde nicht zu fehlen, wider Willen weiter geführt, von Klippe zu Klippe, bis kein Entrinnen mehr möglich ist! Noch ist es kaum fünf Vierteljahre, da erschien Kinkels „Vom Rhein. Leben, Kunst und Dichtung.“ Nimmt man jenes inhaltreiche Buch in die Hand, und sieht da den Herausgeber umringt von so vielen rheinischen Dichterfreunden, von Arndt, Simrock und Schücking, von Adelheid v. Stolterfoth, Wolfgang Müller, Alexander Kaufmann, Wilhelm Junkmann, Gustav Pfarrius rc., denen fernher Emanuel Geibel sich gesellte, liest man Kinkels tief ergreifende „Geschichte vom Lande,“ und das zauberhafte Gemälde von Johanna Kinkel — seiner Frau — „Lebenslauf eines Johannisfünkchens“ — und hört man nun plötzlich: das Kriegsgericht ist niedergesetzt über den Gefangenen, und vielleicht ist in dieser Stunde sein Todesurtheil schon gesprochen, vielleicht schon vollstreckt — welche herzzerschneidende Gegensätze! Wer könnte irgend rechtfertigen wollen, daß er mit an die Spitze eines vom ersten Augenblicke an eben so frevelhaften als wahnsinnigen Aufstandes getreten? Aber wir sehen denselben in sittlicher Strenge aufgewachsenen Mann vor wenigen Jahren den beiden letzten Königen aus überzeugtem Herzen Huldigungslieder bringen. Was muß in und außer ihm vorgegangen sein, um diese traurige Umwandlung zu erklären und — das Urtheil zu mildern? Hören wir, wie er die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. begrüßt:

1 8 4 0.

Hoch auf hebe das Haupt, stolze Borussia,
Das am baltischen Meer mauergekrönt dir ruht;
Und, den stark du gefaßt, rheinischen Rebenkranz,
Schütt!' ihn freudig in hoher Hand!
Solch ein König ist dein! Huldigend neige dich,
Weitauf schließe das Herz, horche dem kräftigen Spruch,
Der, wenn stark im Gefühl fürstlicher Macht er glüht,
Ihm begeistert vom Munde blitzt!
Was ein Schreiber gebriefst, modert zum Staube bald;
Doch ein königlich Wort frei aus der Brust heraus,
Machtvoll schlägt es ins Herz sehnender Völker ein,
Ahnung künftiger Riesenthat!

— (Eckernförde.) Die Arbeiten mit der Taucher-Glocke haben sehr erfreulichen Fortgang genommen. Von den 84 Kanonen des Christian VIII. sind etwa 70 bereits geborgen. Mehrere derselben waren noch geladen. Der Besaumast ist noch sehr wohl erhalten und kann für die Gefion benutzt werden. Wenn die Kanonen alle geborgen sind, wird man daran gehen, die Schiffsprovisionen, den in Eisen bestehenden Ballast, das sonstige werthvolle Material an Kupfer, Eisen und Holz ans Tageslicht zu fördern. Der Gesammtwerth des Geborgenen und noch zu Bergenden wird von Sachkundigen auf 200,000 Thlr. Crt. geschätzt. — Mit der Gefion ist noch nichts Wesentliches vorgenommen, ein großer Theil ihrer Kanonen ist, wohl nur vorläufig anderweitig verwendet worden.

Zerkow, 4. Juli. Seit undenklichen Zeiten haben wir keinen heftigeren Sturm erlebt, wie heute, welcher uns nicht unbedeutenden Schaden und Unglück herbeiführte; denn es sind auf den Landstraßen nicht nur Bäume mit Wurzeln herausgerissen, sondern auch zwei Scheunen und eine Windmühle wurden umgeworfen, wobei leider sogar auch 2 Menschen, die sich auf der Windmühle befunden haben, ums Leben gekommen sind. — Eine dritte Person dagegen hat ihr Leben glücklicherweise durch das schnelle Herunterspringen von der Mühle gerettet. (Pos. Z.)

Von gestern Mittag bis heute Mittag sind an der **Cholera** 10 Personen als erkrankt, 5 als gestorben und 14 Personen als genesen amtlich gemeldet worden.

Hierunter sind an Militär-Personen erkrankt 1, genesen 8 und gestorben Keiner.

Vom Militär sind im Ganzen bis jetzt 153 Personen an der Cholera erkrankt, davon 33 gestorben, 102 genesen und 18 noch in Behandlung.

Breslau, den 11. Juli 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.

Seit der letzten Bekanntmachung vom 5. d. muß heute leider! ein anderweiter Todesfall an der Cholera hierdurch veröffentlicht werden. Weitere Erkrankungen sind nicht vorgekommen.

Salzbrunn, den 10. Juli 1849.

Reichsgräflich v. Hochbergsche freistandesherrliche Brunnen-Inspektion.

Nachruf an Emilie Jaffé.

So ist es wahr, was wir kaum fassen,
Daß Du dahin und uns entrissen bist,
Daß wir dem Schmerz nun überlassen
Auf Lebensdau'r. O herbe, lange Frist!

Mir ward nur flüchtig Deine Nähe
Als vor'gen Jahrs mir Panacee gebot
Und wo vor Dir sonst floh das Wehe,
Da faßte dich der grausenhafte Tod.

Der Labungsquell bisher der Deinen
Biet't Wermuth ihnen statt der Labung dar,
So kann der Gram nur noch vereinen
Wo Deine Milde sonst uns nahe war.

Vertrauen wir dem Herrn der Welten,
Emilie lebt verklärt als Engel dort.
Den Schmerz, die Trau'r wird Er vergelten,
Emilie lebt in unsren Herzen fort.

Ein Verwandter.

Theater-Nachricht.

Donnerstag. Fünftes Gastspiel des Herrn Philipp Grobecker, Mitglied des Königstädter Theaters zu Berlin. Neu einstudirt: **„Ich bleibe ledig."** Lustspiel in drei Aufzügen, frei nach dem Italienischen des Alberto Nota von Karl Blum. Hippolit v. Biberstein, Herr Philipp Grobecker. Baron v. Rautenkranz, Herr Keller, vom Stadt-Theater in Leipzig, als Gast. — Zum Schluß, neu einstudirt: **„Der Kurmärker und die Picarde."** Genrebild mit Gesang und Tanz in einem Akt von Louis Schneider. Landwehrmann Schulze, Herr Philipp Grobecker.

Verlobungs-Anzeige.

Die heute vollzogene Verlobung unserer zweiten Tochter Marie mit dem Herrn Pastor Friederici in Domanze beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.

Schweidnitz, den 9. Juli 1849.

Superintendent Haacke und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Ernestine Pietsch.
Julius Koberne.
Prausnitz, den 8. Juli 1849.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Nachmittag 2 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Amalie, geb. Franke, von einem muntern Knaben beehre ich mich Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 10. Juli 1849.

Richard Beer.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag $2\frac{3}{4}$ Uhr entschlief sanft und Gott ergeben mein guter Mann, Vater, Bruder und Schwager, der königl. Regierungs-Condukteur Otto Sattig, nach längerem Brustleiden in dem frühen Alter von 46 Jahren seines thätigen Lebens, was wir, tief betrübt und um stille Theilnahme bittend, Verwandten und Freunden des Verstorbenen hiermit, statt besonderer Meldung, ergebenst anzeigen.

Beuthen a. d. O., Trebnitz und Schmiedeberg, den 9. Juli 1849.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Heute Nacht $12\frac{1}{4}$ Uhr endete ein sanfter Tod die langen und schmerzlichen Leiden unserer innig geliebten Mutter, Schwester und Tante, der verwittw. Wirthschafts-Inspektor Perschke, geb. Rohde. Dies zeigen, statt besonderer Meldung, ergebenst an:

Sophie Perschke, als Tochter.
Friedrich Rhode, als Bruder.
Amalie Näfe, als Nichte.
Friedrich Näfe, als Neffe.

Breslau, den 11. Juli 1849.

Todes-Anzeige.

Nach einem langen mühevollen, aber segensreichen Tagewerke im Weinberge des Herrn vollendete den 9. Juli Morgens 1 Uhr, nach Empfang der heiligen Sterbesakramente, sein irdisches Leben, um jenseits den Lohn des getreuen Arbeiters zu empfangen, der hochwürdige Herr Friedrich Geiger, seit 1807 Pfarrer in Groß-Kauer bei Glogau, Jubilarius und Ritter des rothen Adler-Ordens, im Alter von 79 Jahren, 1 Monat und 6 Tagen.

Die Mitglieder des Groß-Glogauer Archipresbyterats.

Ich wohne jetzt zu **Gr. Strehlitz** im Kaufmann Jäschkeschen Hause, am Ringe.

Eduard Gerlach,

Rechts-Anwalt am Kreis-Gericht zu Gr. Strehlitz und Notar im Departement des Appellations-Gerichts-Bezirks Ratibor.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:
1. Bedienter Gottlieb Lindner,
2. Frau Baronin v. Hennig,
3. " Hennriette Müller,
4. " Johanne Schiffer,
5. Herrn Heymann,
6. " G. Goldstücker,
7. " E. Fränkel und Söhne,
8. " Büttnermeister Holse,
9. " J. Prinz,
10. " Justizrath Pfendsack.
11. Madame Strauß,
12. verwittwete Frau Buß,
13. Herrn S. Prinz,
14. Fräulein Mulwine Nowucke,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 10. Juli 1849.

Stadt-Post-Expedition.

Ich wohne jetzt Blücherplatz Nr. 9 auf der Riembergshof-Seite.

Dr. Schweikert.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 81 der Feld- und Wiesengrundstücke in der Nikolaivorstadt belegenen, dem Kaufmann Joseph Rappaport gehörigen, auf 2197 Rtl. 14 Sgr. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf

den 19. September 1849, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmiedel in unserm Parteienzimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden die unbekannten Realprätendenten zur Meidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 5. Mai 1849.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Die bei dem Pfandleiher Plautze hierselbst in der Zeit vom 4. Januar 1844 bis 11. März 1845 eingelegten, zur Verfallzeit nicht eingelösten Pfänder, bestehend in Kleidungsstücken, Betten, Uhren und Schmucksachen sollen

am 14. August d. J., Vormittags 9 Uhr,

in der Pfandleihanstalt des rc. Plautze, Mäntlergasse Nr. 17 hierselbst, durch unsern Auktionskommissarius Mannig versteigert werden. Es werden daher alle Diejenigen, welche während der gedachten Zeit Pfänder niedergelegt haben, hierdurch aufgefordert, diese Pfänder noch vor dem Auktionstermine einzulösen, oder wenn sie gegen die Pfandschuld gegründete Einwendungen zu haben meinen, solche dem Gericht vor dem Termine zur weiteren Verfügung anzuzeigen, widrigenfalls mit dem Verkaufe der Pfandstücke verfahren, aus dem einkommenden Kaufgelde der Pfandgläubiger wegen seiner in dem Pfandbuche eingetragenen Forderungen befriedigt, der etwaige Ueberschuß aber an die hiesige Armenkasse abgeliefert und demnächst Niemand weiter mit Einwendungen gegen die Pfandschuld gehört werden wird.

Breslau, den 13. Mai 1849.

Königliches Stadtgericht. II. Abtheilung.

Die Prioritäts-Obligationen der Niederschlesisch-märkischen Eisenbahn-Gesellschaft
Serie I. Nr. 688, 689, 16,183, 16,184, 16,185, 16,182, 16,586, 1239, 1240, 1238, jede über 100 Rtl.,
Serie II. Nr. 28,160, 28,164, 28,157, 28,158, 28,159, 28,512, jede über 50 Rtl.,
nebst den dazu gehörigen Zinskoupons Nr. 5 bis 20 inkl. für den Zeitraum vom 1. Juli 1848 bis 1. Juli 1856 sind angeblich bei dem am 17. September 1848 in Liebau stattgehabten Brande vernichtet worden, und ist auf öffentliches Aufgebot derselben angetragen. Es werden daher alle diejenigen, welche als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Brief-Inhaber Ansprüche auf diese Prioritäts-Obligationen und Zins-Koupons zu machen haben, hierdurch vorgeladen, in dem

am 24. August d. J., Vormittags 11 Uhr,

im berlinischen Stadtgerichte, Zimmer Nr. 21, vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Flittner anberaumten Termin entweder in Person oder durch einen gesetzlich zuläßigen Bevollmächtigten, wozu die Herren Justiz-Kommissarien Gall, Fretzdorff und Berthold vorgeschlagen werden, zu erscheinen, ihre Ansprüche an die gedachten Prioritäts-Obligationen u. Zins-Koupons zu bescheinigen, und darauf die weitere Verfügung zu gewärtigen, widrigenfalls sie mit allen ihren Ansprüchen aus diesen Prioritäts-Obligationen und Zins-Koupons präkludirt und dieselben für amortisirt erklärt werden.

Berlin, den 3. Mai 1849.

Königl. Stadtgericht hiesiger Residenz, Abtheilung für Kredit-, Subhastations- und Nachlaß-Sachen.

Subhastations-Patent.

Zur nothwendigen Subhastation des dem Sattler-Meister Carl gehörigen Hauses Nr. 75 a der Hainauer Vorstadt, geschätzt auf 5822 Rthl. 15 Sgr., und des dabei gelegenen Gartengrundstücks Nr. 6 a, Commende ad St. Nicolaum, geschätzt auf 630 Rthlr., steht am

28. Dezbr. d. J. Vorm. 11 Uhr

Termin im Lokale des unterzeichneten Kreis-Gerichts, am Kohlmarkt, an.

Die Taxe und der neueste Hypothenschein beider Grundstücke sind in unserer Registratur einzusehen.

Liegnitz, den 11. Juni 1849.

Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

6 auch 10,000 Rtl. sind zur ersten Hypothek hier auszuleihen durch August Herrmann's Wittwe, Oderstraße 14.

Bekanntmachung.

Wiederaufgefundene Pfandbriefe.

Die als abhanden gekommen von uns unterm 21. April und unterm 30. Juni d. J. angezeigten Pfandbriefe Ober-Seichwitz O. S. Nr. 6 à 400 Rtl., Nr. 24 à 50 Rtl., Nr. 30, 31 und 32 à 20 Rtl., Nr. 43 à 500 Rtl., Nr. 94, 95 und 96 à 30 Rtl., M. N. Herzogswalde G. S. Nr. 29 à 500 Rtl. sind wieder herbeigeschafft, — was zu Herstellung ihres Umlaufs bekannt gemacht wird.

Breslau, am 9. Juli 1849.

Schlesische Generallandschafts-Direktion.

Ediktalladung.

Zur Befestigung eines in Betreff der insolventen Verlassenschaft weil. des Kramer und Halbhufengutsbesitzers Andreas Zieschangk zu Ebendörfel von den bekannten Nachlaßgläubigern abgeschlossenen Vergleichs ist mit Erlassung von Ediktalien zu verfahren.

Es werden daher alle Diejenigen, welche an den Nachlaß des genannten Zieschangk Ansprüche zu haben glauben, so weit sie dem erwähnten Vergleiche nicht bereits beigetreten sind, hierdurch geladen, nächstkommenden

26. November 1849

in Person, oder durch hinlänglich instruirte, auch gehörig legitimirte Bevollmächtigte bei Strafe der Ausschließung von der Nachlaßmasse Zieschangks und bei Verlust der ihnen etwa zustehenden Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand an Kanzleistelle hierselbst zu erscheinen, ihre Ansprüche anzumelden und zu bescheinigen, demnächst darüber, ob sie dem Vergleiche beitreten wollen, sich zu erklären, unter der Verwarnung, daß Diejenigen, welche eine Erklärung hierüber nicht abgeben, als in den Beschluß der Mehrzahl einwilligend werden geachtet werden, mit dem bestellten Nachlaßvertreter rechtlich zu verfahren, binnen 3 Wochen zu beschließen, und dann

den 22. Dezember 1849

der Inrotulation der Akten, und dann

den 17. Januar 1850

der Eröffnung eines Erkenntnisses, welches rücksichtlich der Außenbleibenden des Mittags 12 Uhr für eröffnet erachtet werden wird, sich zu gewärtigen.

Budissin, am 27. Juni 1849.

Die Domstifts-Gerichte. Bär.

Bei der hiesigen Handelslehr-Anstalt ist für Michaelis d. J. die Stelle eines Lehrers der kaufmännischen Wissenschaften neu zu besetzen.

Diese Stelle trägt, so lange sie nicht mit dem Direktorat der Anstalt verbunden ist, worüber weitere Entschließung vorbehalten bleibt — 500 Thlr. bei 16 Stunden wöchentlichem Unterricht.

Es wird bei der Besetzung vorzugsweise auf Männer Rücksicht genommen werden, welche auf dem Wege der Praxis erworbene Kenntnisse mit theoretischer Bildung und hinreichender Lehrgabe vereinigen.

Darauf Reflectirende haben sich unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines kurzen Lebenlaufes schriftlich bei unserem Sekretär, dem Herrn Advokat Stäber in Chemnitz zu melden.

Chemnitz am 25. Juni 1849.

Der Ausschuß des Fabrik- und Handelsstandes daselbst.

G. Vollmer, Vorsteher.

Verpachtungs-Widerruf.

Der auf den 16. d. M. anberaumte Termin zur Verpachtung der Branntweinbrennerei und des Bier- und Branntwein-Ausschankes im hiesigen Stadtbrauhause wird wegen anderweit getroffener Dispositionen nicht stattfinden.

Neisse, den 9. Juli 1849.

Die Verwaltung des Stadtbrauhauses.

Ein Wirthschafts-Beamter,

militärfrei, aber verheirathet, welcher ein Gut längere Zeit selbstständig bewirthschaftet und noch im Dienste steht, wünscht als solcher Verhältnisse halber Termin Michaelis d. J. eine andere Stellung. Näheres auf gütige frankirte schriftliche und mündliche Anfragen: Herrenstraße Nr. 30, par terre.

Zur Verpachtung des Gasthofes

„Zum Elysium" in Oels

welcher mit dem 4. August d. pachtlos wird, ist ein Bietungs-Termin auf den 24. Juli d., Nachmittag 2 Uhr, in meiner Wohnung, Rosengasse Nr. 269, anberaumt, wozu Pachtlustige ergebenst eingeladen werden. Die Kaution beträgt 500 Rtl., die Pachtzeit 3 Jahre.

Oels, den 6. Juli 1849.

E. A. F. Döring.

Gute noch brauchbare Bruchziegeln sind zu verkaufen Nikolaistraße Nr. 7.

Lokal-Veränderung.

Unseren geehrten Kunden hiermit die ergebene Anzeige, daß wir unser Geschäftslokal vom Neumarkt Nr. 12 nach der **Sandstraße Nr. 17** verlegt haben.

Breslau, den 11. Juli 1849.

Gebrüder Büttner, Goldarbeiter.

Liebich's Garten.

Heute

Großes Nachmittag- u. Abendkonzert

der

Breslauer Theater-Kapelle.

Zur Aufführung kommt unter Anderm:
1) Sinfonie Eroica v. L. Beethoven.
2) Die Hebriden-Ouverture von Mendelssohn-Bartholdy.

Anfang 4 Uhr.

Vielseitigen Wünschen zu genügen, sind von heute ab, Entree-Billets **für Damen** zu den Konzerten der Breslauer Theater-Kapelle, das halbe Dutzend zu $7\frac{1}{2}$ Sgr. in den Kunst- und Musikalien-Handlungen der Herren Scheffler, vormals Kranz, Ohlauer Straße, Bote u. Bock, Schweidnitzer Straße, und an der Kasse zu haben.

Die Breslauer Theater-Kapelle.

Humanität.

Donnerstag den 12. Juli:

Konzert.

Großes Silber-Ausschieben
heut in Brigittenthal.

Fabrik-Verkauf.

Bauliche Veränderungen veranlassen Unterzeichneten, seine wohleingerichtete, aus acht großen Bildern bestehende Weinessig-Fabrik nebst den dazu nöthigen Gebinden baldigst zu verkaufen.

Um das Nähere hierüber zu erfahren, wollen darauf Reflektirende sich in portofreien Briefen an Unterzeichneten gefälligst wenden.

Poln. Wartenberg, 12. Juli 1849.

E. A. Gerlach.

Die Perle des Makassar-Oels von Popper und Barklay in London.

Ein vegetabilisches Produkt, welches aufs Zuverläßigste jeden Haarwuchs kräftig befördert und das Ausfallen als das Ergrauen der Haare bis im spätesten Alter verhindert. Das Flacon kostet 1 Thlr. 5 Sgr., und ist **allein ächt zu haben bei Hübner und Sohn, Ring 35, eine Treppe.**

Perl-Graupe,

à Pfd. 3 Sgr., $2\frac{1}{2}$ Sgr., 2 Sgr., holländ. geschliffene Graupe $3\frac{3}{4}$ Sgr., Wiener Gries $2\frac{1}{4}$ Sgr., bei 5 Pfd. billiger, empfiehlt:

Rudolph Bürkner,
Reuschestraße 52.

Neue ungarische gebackene Pflaumen, à Pfd. 2 Sgr., bei 5 Pfd. billiger, empfiehlt:

Rudolph Bürkner,
Reuschestraße 52.

Für Herren u. Damen

werden empfohlen: **Unterjacken** u. **Nachtspencer**, wie **Unterbeinkleider** in Sommerstoffen. Breslau, Junkernstr. Nr. 5.

600 Rtl.

werden auf ein hiesiges Grundstück zur zweiten Hypothek gesucht Nikolaistraße Nr. 33 im Gewölbe.

Stadt Breslau in Löbau.

Allen Reisenden empfehle hierdurch den von mir jetzt erpachteten, sehr räumlichen Gasthof zur Stadt Breslau auf das Beste. — Bedienung prompt, billig, Lage äußerst praktisch und reizend freundlich, in unmittelbarer Nähe des hiesigen Bahnhofes der Sächsisch-Schlesischen und Löbau-Zittauer Eisenbahn, der Stadt und vorzüglichsten Bergparthien.

Löbau, den 1. Juli 1849.

F. A. Gäbler, Pächter.

Wilde Enten.

Ein bedeutender Transport wilde Enten aus Brustawe werden Freitag den 13. Juli früh auf dem großen Ringe zum Verkauf ankommen.

In der Buchhandlung **Josef Max** und **Komp.** in **Breslau** ist so eben erschienen:

Allgemeines Schlesisches Sonntagsblatt.

Herausgegeben im Namen des Vereins für sittliche und politische Volksbildung von **Ludwig Hahn** und **Ambrosch.**

Nr. 1. Inhalt. Einleitung. — Wie sieht's in der Welt aus? — Die falschen Freunde.
Nr. 2. Inhalt. Wie sieht's in der Welt aus? — Aufruf der konstitutionellen Partei. — Was für Wahlmänner brauchen wir? — Das neue Wahlgesetz.

Der Preis für das Quartal von 13 Nummern in halben Bogen und nach Bedürfniß einen ganzen Bogen ist 5 Sgr., wofür das Blatt durch **jede Buchhandlung** und **jedes Post-Amt** bezogen werden kannn. Dieselben sind in den Stand gesetzt, jede Nummer sofort nach Erscheinen (allwöcheutlich Sonnabends) zu liefern.

Zur Vermeidung von Irrungen wird ersucht, bei Bestellungen genau zu bezeichnen, daß man das **„Allgemeine Schlesische Sonntagsblatt, von Hahn und Ambrosch"** wünsche.

Zur Nachricht für Badereisende!

Helgoland, den **25.** Juni 1849.

Seit dem Beginne der Bade-Saison häufen sich die Anfragen über die Dampfschifffahrt zwischen Hamburg und Helgoland so sehr, daß es im Interesse des reisenden Publikums wie des Badeortes zu liegen scheint, die früheren Veröffentlichungen hierüber wiederholt zur Anzeige und zur Erinnerung zu bringen.

Den Dampfschiffen, welche seit vielen Jahren während der Badezeit zwischen Hamburg und der englischen Insel Helgoland fahren, ist auf **offiziellem Wege** von Kopenhagen und zwar unter der Garantie der **königl. englischen Regierung** unbeschränkte Freiheit für die Badereisen gewährleistet worden. Dasselbe war der Fall im vorigen Jahre und werden diese Schiffe, weil sie hinlänglich bekannt sind, auf ihrem Wege von dem dänischen Blokadegeschwader nicht einmal behufs der Untersuchung angehalten, auch sonst auf keine Weise molestirt.

Unser Badeort ist für die frühe Jahreszeit schon ungewöhnlich stark besucht, namentlich von solchen Gästen, welche auf der friedlichen und von den politischen Wirren des Kontinents gänzlich unberührten Insel die Ruhe und dasjenige Stillleben suchen und finden, welche ihnen die Heimath augenblicklich leider nicht gewähren kann.

Die Direktion des Seebades.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

In Gemäßheit der §§ 29 und 31 der Gesellschafts-Statuten hat heute die Ausloosung von 517 Stück **Stamm-Aktien** der Gesellschaft stattgefunden, und sind dabei die unten verzeichneten Nummern gezogen worden. Es werden diese Nummern, dem § 32 der Statuten gemäß, den Inhabern derselben mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß der Nennwerth der Aktien gegen Rücklieferung derselben nebst den vom 1. Jan. 1850 ab fällig werdenden Coupons und Dividendenscheinen **vom 15. Dezember d. J. bei der königlichen General-Staats-Kasse hierselbst** erhoben werden kann. Zur Bequemlichkeit der Interessenten ist die Einrichtung getroffen worden, daß die auszuzahlenden Kapitalsbeträge **in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember d. J. auch bei der königlichen Regierungs-Haupt-Kasse in Breslau** erhoben werden können. In diesem Falle haben jedoch die Interessenten die verloosten Aktien nebst Coupons und Dividendenscheinen, behufs Prüfung der Richtigkeit, bis spätestens den 15. November d. J. bei dieser Kasse gegen eine Empfangs-Bescheinigung niederzulegen, bei deren Rückgabe dann in dem vorbezeichneten Zeitraume die Zahlung geleistet werden wird.

Fehlende Coupons und Dividendenscheine der oben bezeichneten Art werden von dem auszuzahlenden Kapitals-Betrage in Abzug gebracht. Alle bis zum 31. Dezember d. J. fälligen Zinsen und Dividenden aber verbleiben dem Inhaber der betreffenden Coupons und Dividendenscheine.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 33 der Gesellschafts-Statuten die Direktion berechtigt ist, das öffentliche Aufgebot der Aktien nebst Coupons und Dividendenscheinen zu veranlassen, wenn der Inhaber einer ausgeloosten Aktie dieselbe nebst den beizubringenden Zins-Coupons und Dividendenscheinen nicht bis zum **31. Dezember 1854** abliefert, oder für den Fall des Verlustes deren gerichtliche Mortifikation innnerhalb dieses 5jährigen Zeitraums nachweist. Die Kosten dieses Verfahrens werden aus dem Kapitals-Betrage der Aktie entnommen und der Ueberrest nach erfolgter Präklusion an die Gesellschafts-Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Kasse abgeführt.

Verzeichnisse der ausgeloosten Stamm-Aktien sind bei der Haupt-Kasse, so wie bei der Stations-Kasse in Breslau unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 2. Juli 1849.

Die Direktion
der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Verzeichniß

der am 2. Juli 1849 ausgeloosten 517 Stück Stamm-Aktien.

Nr. 129. 240. 1032. 1117. 1288. 1303. 1566. 1879. 1890. 2294. 2320. 2391. 2451.
2643. 2689. 3139. 3327. 3342. 3415. 3694. 3878. 3909. 4377. 4476. 5007. 5701.
5907. 6372. 6420. 6583. 6824. 6876. 7000. 7196. 7257. 7349. 7420. 7423. 7535.
7678. 7762. 7818. 7862. 7908. 7952. 8133. 8161. 8210. 8707. 8883. 9285. 9336.
9368. 9416. 9497. 9826. 9906. 10184. 10364. 10706. 10798. 11134. 11194. 11195.
11210. 11228. 11599. 11615. 11668. 11715. 11869. 12010. 12092. 12100. 12238.
12436. 12444. 12550. 12565. 12785. 12928. 13388. 13539. 13675. 13687. 13754.
13762. 14018. 14269. 14303. 14311. 14363. 14623. 14891. 15190. 15209. 15251.
15425. 15599. 15682. 15687. 15804. 16300. 16393. 16724. 17263. 17297. 17344.
17411. 17412. 17566. 18470. 18689. 19001. 19029. 19311. 19420. 19431. 19738.
19759. 20271. 20678. 20728. 20771. 20928. 20977. 21433. 21562. 21712. 22213.
22216. 22259. 22595. 22635. 22848. 22918. 23168. 23372. 23388. 23438. 23540.
23705. 23863. 23921. 23959. 24303. 24505. 24535. 24943. 24988. 25066. 25091.
25156. 25497. 25701. 25845. 26146. 26608. 26667. 26790. 26847. 26858. 27202.
27395. 27468. 27471. 27591. 27638. 27799. 27992. 28102. 28162. 28164. 28291.
28408. 28415. 28430. 29025. 29032. 29075. 29172. 39238. 29242. 29415. 29419.
29691. 29989. 30131. 30562. 30616. 31027. 31068. 31294. 31337. 31564. 31665.
31757. 31908. 31919. 32033. 32419. 32631. 32714. 32722. 32754. 32849. 33479.
33542. 33551. 34027. 34146. 34468. 34573. 34746. 34769. 34851. 34951. 34981.
35284. 35420. 35482. 35500. 35697. 35710. 35854. 35946. 35952. 36490. 36697.
36905. 37387. 37461. 37656. 37709. 37762. 37887. 38033. 38266. 38330. 38340.
38426. 38442. 38677. 39129. 39314. 39877. 40059. 40100. 40411. 40525. 40550.
40758. 40900. 41087. 41134. 41200. 41323. 41493. 41496. 41576. 41678. 41706.
41755. 41879. 41896. 41997. 42087. 42090. 42251. 42389. 42504. 42689. 42928.
43035. 43094. 43282. 43628. 43725. 43744. 43882. 44302. 44352. 44786. 45063.
45189. 45195. 45252. 45493. 45502. 45505. 45628. 45644. 45662. 45765. 45827.
45883. 46114. 46438. 46497. 46529. 46860. 46984. 47056. 47270. 47427. 47686.
47859. 47973. 48208. 48258. 48282. 48387. 48639. 48869 48936. 48997 49378.
49498. 49535. 49692. 49766. 49950. 50199. 50203. 50333. 50341. 50647. 50690.
50776. 50812. 51066. 51141. 51160 51827. 51917. 51969. 52052. 52088. 52319
52704. 52745. 53368. 53557. 53973. 54202. 54548. 55104. 55151. 55361. 55547.
55550. 55635. 55906. 55925. 56128. 56158. 56199. 56274. 56611. 56645. 57014.
57056. 57069. 57185. 57275. 57585. 57735. 57812. 58215. 58337. 58580. 58615.
58808. 59104. 59108. 59244. 59555. 59622. 59748. 59792. 59913. 59982. 60360.
60381. 60761. 60806. 60819. 60830. 61098. 61117. 61127. 61158. 61239. 61411.
61756. 61838. 61878. 61961. 62532. 62609. 62654. 62756. 63026. 63170. 63202.
63227. 63716. 63809. 63833. 63948. 64165. 64529 65038. 65154. 65528. 65679.
65763. 65900. 65929. 65993. 66102. 66284. 66303. 66789. 66811. 67771. 67895.
68286. 68363. 68699. 68736. 68741. 68794. 68932. 68941. 68984. 69098. 69217.
70126. 70283. 70395. 70457. 70491. 70566. 70598. 70675. 71021. 71123. 71347,
71506. 71912. 72250. 72274. 72657. 72668. 72688. 72895. 72904. 72974. 73226.
73292. 73520. 74405. 74462. 74560. 74627. 75159. 75286. 75480. 75510. 75713.
75807. 76187. 76233. 76724. 76951. 77049. 77119. 77334. 77518. 77565. 77794.
77949. 78241. 78502. 78898. 78916. 79107. 79580. 79796. 79833. 79902. 79922.
80099. 80130. 80362. 80568. 80748. 80785. 81012. 81024. 81097. 81501. 81893.
82251. 82324. 82456. 82558. 82792. 82818. 83172. 83902. 84089. 84103. 84218.
84931. 85126.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Bei der heute stattgefundenen diesjährigen Ausloosung fünfprozentiger Prioritäts-Obligationen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft Ser. I. zu 100 Rthl. und Ser. II. zu 50 Rthl. sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse enthaltenen Nummern gezogen worden. Es werden dieselben den Interessenten mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß die Auszahlung des Nennwerthes der gezogenen Nummern **in den Tagen vom 2. bis 31. Januar 1850** mit Ausnahme der Sonntage, **bei der Gesellschafts-Haupt-Kasse auf dem hiesigen,** so wie **bei der Stations-Kasse zu Breslau auf dem dortigen Bahnhofe** gegen Auslieferung der betreffenden Obligationen nebst den dazu gehörigen, noch nicht fälligen Zins-Coupons erfolgen wird. Der Betrag der etwa fehlenden, vom 1. Januar 1850 ab laufenden Coupons wird von dem Kapitalsbetrage gekürzt und zur Einlösung der Coupons verwendet, sobald dieselben zur Zahlung präsentirt werden. Die Verpflichtung der Gesellschaft zur Verzinsung der ausgeloosten Obligationen, erlischt mit dem 31. Dezbr. d. J.

Verzeichnisse der gezogenen Nummern sind bei der Gesellschafts-Hauptkasse, so wie bei der Stationskasse in Breslau unentgeltlich zu haben.

Zugleich werden die Inhaber folgender im Jahre 1848 ausgeloosten und noch nicht zurückgelieferten Prioritäts-Obligationen I. und II. Ser., nämlich:

Serie I. Nr. 559. 640. 752. 896. 1574. 1585. 2277. 4451. 4503. 4523. 6069.
8614. 8814. 9362. 9860. 10747 10973. 11581. 11905. 12318. 12451.
12714. 13303. 15737 und 16762 à 100 Rthl.

Serie II. Nr. 1116. 1314. 2433. 2943. 3686. 3965. 4099. 4633. 4926. 5042. 6753.
7892. 8051. 8713. 8766. 8771. 8887. 10808. 10992. 11298. 13147.
14146. 14285. 14467. 15382. 15478. 15596. 15769. 15803. 16801.
17258. 17602. 19199. 19200. 19556. 19646. 20986. 21525. 23865.
24901. 25196. 25204. 25258. 25976. 26642. 27597. 28209. 28820.
28945. 29069. 30168. 30272. 30452. 30490. 31513. 31786. 31956.
32421. 32725. 33150. 33317. 34013. 34153. 34162. 34173 und
34604 à 50 Rthl.,

an die Abhebung der Kapitalsbeträge mit dem Bemerken erinnert, daß die Verzinsung derselben mit Ende 1848 aufgehört hat.

Berlin, den 2. Juli 1849.

Die Direktion
der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Verzeichniß

der am 2. Juli 1849 ausgeloosten Prioritäts-Obligationen.

Serie I. 92 Stück à 100 Rthl.

Nr. 201. 466. 484. 740. 770. 805. 889. 1027. 1033. 1034. 1361. 1486. 1756. 1889.
2135. 2263. 2416. 2463. 2658. 2850. 3591. 3687. 3770. 4279. 4478. 4481. 4576.
4613. 4781. 5078. 5295. 5303. 5880. 5903. 6045. 6206. 6520. 6625. 6702. 6804.
6911. 7020. 7053. 7056. 7401. 7473. 7507. 7562. 7636. 7681. 7780. 7786. 7990.
8534. 8612. 8669. 8902. 8948. 9004. 9381. 9979. 10,119. 10,210. 10,550. 10,857.
11202. 11425. 11586. 11951. 12221. 12336. 12528. 13493. 13848. 14051. 14188.
14200. 14220. 14255. 14558. 14627. 14864. 15021. 16284. 16343. 16528. 16936.
17027. 17076. 17136. 17139. 17250.

Serie II. 183 Stück à 50 Rthl.

Nr. 242. 259. 419. 719. 741. 1004. 1258. 1320. 1602. 2186. 2279. 2305. 2415. 2533.
2665. 2752. 2764. 3283. 3475. 3657. 3984. 4006. 4396. 4616. 4653. 4811. 4840.
4859. 5124. 5216. 5446. 5601. 5620. 5689. 5749. 5847. 6044. 6096. 6166. 6274.
6333. 6449. 6569. 6715. 6790. 7304. 7379. 7581. 7772. 7913. 8229. 8620. 8829.
8994. 9089. 9256. 9380. 9483. 9530. 9623. 9874. 9986. 10081. 10172. 10657.
11046. 11574. 11746. 11993. 12833. 12976. 13536. 13606. 13788. 13797. 13923.
14420. 14679. 14725. 15066. 15098. 15139. 15408. 15510. 15694. 16001. 16106.
16173. 16200. 16449. 16615. 17063. 17162. 17207. 17324. 17518. 17968. 18004.
18100. 18271. 18279. 18880. 19185. 19245. 19348. 19628. 19763. 19831. 20604.
20827. 20923. 21060. 21067. 21417. 21829. 22337. 22347. 22377. 22618. 22693.
22882. 23515. 23785. 23900. 23966. 24033. 24064. 24296. 24370. 24480. 24772.
24781. 25481. 25584. 25915. 26373. 26511. 26707. 26827. 26882. 27419. 27433.
27449. 27700. 27786. 27822. 28233. 28327. 28358. 28379. 28452. 28479. 28555.
28633. 28987. 29235. 29702. 30277. 30360. 30500. 30569. 31277. 31302. 31331.
31681. 31708. 31980. 31985. 32237. 32325. 32342. 32361. 32849. 32908. 33568.
33617. 33658. 33865. 33930. 34010. 34234. 34572. 34983.

Berichtigung. In den in der 2. Beilage zur Breslauer Zeitung Nr. 153 abgedruckten Nummern-Verzeichnissen der am 2. Juli d. J. ausgeloosten Niederschlesisch-Märkischen Stamm-Aktien und Prioritäts-Obligationen befinden sich folgende Druckfehler, nämlich:

1) In dem Verzeichnisse der ausgeloosten Stamm-Aktien ist bei Nr. 32754 die das Hundert bezeichnende Ziffer nicht ausgedruckt; statt Nr. 37888 muß es heißen Nr. 37887 und statt Nr. 93170 muß es heißen Nr. 63170.
2) In dem Verzeichnisse der ausgeloosten Prioritäts-Obligationen pro 1848 muß es Serie I. statt Nr. 8640 heißen: Nr. 8614 und Serie II. Nr. 29069 ist nicht ausgedruckt; ferner muß es in dem Verzeichnisse pro 1849 Serie II. statt Nr. 82325 heißen: Nr. 32325.

Unauflöslicher Zahnkitt
zur dauerhaften Ausfüllung hohler Zähne.

Welche Schmerzen in hohlen Zähnen beim Kauen, beim Genuß kalter oder warmer Getränke, bei dem geringsten Luftzuge 2c. entstehen, wie selbst Kauen und Sprechen erschwert und übler Geruch im Munde erzeugt werden, ist allgemein bekannt. Verschiedentlich angewendete Mittel haben wenig genügt, denn es fehlt an einem Zahnkitt, der fest und dauerhaft alle genannten Uebelstände zu beseitigen vermochte. Während einer zwanzigjährigen Praxis habe ich mühsame und oft vergebliche Versuche mit Kitten angestellt, bis es mir endlich glückte eine Masse anzuwenden, die den Anforderungen entspricht, vor Schmerzen und üblen Geruch in den hohlen Zähnen und dem Weiterumsichgreifen des Brandes vollständig schützt. Weder Getränke, noch feste Speisen, noch Arzeneien können diesen Kitt auflösen, noch das Kauen harter Gegenstände ihn zerbröckeln. Da wo die Zahnwände nur einigen Haltpunkt bieten, auch bei Vorderzähnen und Wurzeln ist dieser Kitt sicher anwendbar. Selbst bei eingesetzten, in den Wurzeln wieder locker gewordenen, Zähnen ist er ein sicheres Befestigungsmittel. Obgleich ohne vorhergegangene Entfernung der weichen brandigen Theile vermittelst Instrumenten eine Haltbarkeit des Kittes unmöglich ist, so ist doch das Auskitten ohne Schmerzen zu verursachen leicht zu bewerkstelligen, so lange die hohlen Zähne nicht an und für sich höchst schmerzhaft sind. In diesem Falle müssen andere Mittel vor dem Auskitten in Anwendung kommen. Versuche, die ich mehre Jahre mit diesem Kitte angestellt, so daß ich eine reife und gründliche Erfahrung gewonnen habe, veranlassen mich diese Anzeige zu veröffentlichen.

R. Linderer, praktischer Zahnarzt,
wohnhaft am Ringe Nr. 29, in der goldnen Krone.

Waldwoll-Fabrik zu Polnisch-Hammer.

Die diesjährige ordentliche General-Versammlung findet
Montag am 16. Juli, Nachmittag 4 Uhr, im Börsenlokale
statt. In derselben soll zugleich über die in dem Bade Humboldts-Au aufzuführenden Neubauten und die Beschaffung der hierzu erforderlichen Geldmittel beschlossen werden.

Direktorium der Waldwoll-Fabrik zu Polnisch-Hammer.

Der hiesige **Hausbesitzerverein** hat neue **Miethsquittungsbücher** entworfen, welche für die größten wie für die kleinsten Wohnungen sehr genaue Miethskontraktbedingungen enthalten. Wenn diese Quittungsbücher allgemein eingeführt werden, dürften alle Wirthe vor großen Miethsausfällen geschützt werden. Sie werden daher sämmtlichen Herren Hauswirthen bestens empfohlen und sind vorräthig in Umschlag geheftet pro Exemplar 1 Sgr. zu haben im Comtoir der Buchdruckerei bei

Graß, Barth und Comp., Herrenstraße Nr. 20.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach / Ank. aus	Oberschles.	Pers.-Züge	7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Ab.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg.
Abg. nach / Ank. von	Berlin	Pers.-Züge	7 U. 15 M., 5 U. 15 M. / 11 U. 45 M., 8 U. 6 M. A. — Güter-Züge: 12 U. 15 M. Mitt. / 5 U. Nachmitt.
Abg. nach / Abg. von / Abg. von	Freiburg / Schweidnitz		6 Uhr, 1 Uhr, 5 Uhr 30 Min. / 6 Uhr 18 Min., 1 Uhr 18 Min., 7 Uhr 45 Min. / 6 Uhr 15 Min., 1 Uhr 15 Min., 7 Uhr 40 Min. / zum Anschluß nach Freiburg: Abends 6 Uhr 40 M.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Schneidermeister Göring und Kaufmann Peter aus Berlin. Stadtrath Kwenitz aus Frankfurt a. O. Buchhalter Raf und Herr Hirsch aus Hanburg. Gutsbes. Barchewitz aus Spitelsdorf. Gutsbes. Graf v. Wodzicki und Grocholski aus Galizien. Gutsbes. Thugnet aus Paris. Gutsbesitzerin Gizycka aus Polen. Oberamtmann Bieler und Dierich und Dir. Glöckner aus Sakrau. Major Ludz aus Neisse.

10. u. 11. Juli	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″ 11,01‴	27″ 11,88‴	27″ 11,32‴
Thermometer	+ 12,5	+ 10,6	+ 15,5
Windrichtung	N	N	NW
Luftkreis	heiter	heiter	Schleierw.

Getreide- Oel- u. Zink-Preise.

Breslau, 11. Juli.

Sorte:	beste	mittle	geringste
Weizen, weißer	68 Sg.	64 Sg.	60 Sg.
Weizen, gelber	64 "	60 "	56 "
Roggen	33½ "	32 "	30 "
Gerste	25 "	23 "	21 "
Hafer	22½ "	21½ "	20 "
Rothe Kleesaat		7 b. 9⅓ Thl.	
weiße "		4½ b. 9⅔ "	
Spiritus		7⅚ b. 11/12 bez.	
Rüböl, rohes		14⅓ Gl.	

Zink loco à 4⅙ bez.
Winter-Rübsen 89. 90. und 91 Sgr. bez.

Börsenberichte.

Paris, 8. Juli. 5% 88. 70.

Berlin, 10. Juli. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 83½ à 84 bez. Krakau-Oberschlesische 4% 53½ 54 bez., Prior. 4% 78½ Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 39 à ⅜ bez. und Gl. Niederschlesisch-Märkische 3½% 76 à ½ bez. und Gl., Prior. 4% 89 Br., Prior. 5% 100½ bez., Ser. III. 5% 97¾ à 97 bez. und Gl. Niederschlesisch Märkische Zweigbahn 4% 32 Br., prior. 5% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 99¾ Gl., Litt. B. 99¾ Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige-Staats-Anleihe 5% 102¾ Br. Staats-Schuld-Scheine 3½% 82 Gl. Seehandlungs-Prämien Scheine 96 Br. 95½ Gl. Posener Pfandbriefe 4% 97¾ Gl., 3½% 82¾ Gl. Preußische Bank-Antheile 90½ Gl. Polnische Pfandbriefe alte 4% — — neue 4% 91¾ Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 74¼ Br. 73¾ Gl., à 300 Fl. 100½ Gl.

Wien, 10. Juli. Fonds sind um 1%, Eisenbahn-Aktien um 3 bis 4% zurückgegangen. Livorneser-Aktien waren durch das verstärkte Gerücht von Hemmnissen im Geschäftsverkehr besonders gedrückt und wurden vor der Börse bis 68½ gemacht. Auch Comptanten und Devisen waren flauer und theilweise niedriger. 2¼ Uhr 5% Metal. 93⅜ bis ½, Nordbahn-Aktien 115 bis 115¼, Livorneser Aktien 71¾ bis 72. Metal. 5% 93¼, Nordbahn 114½, Mailänder 76½, Gloggnitzer 109, Pesther 72, Livorneser 70.

Am Schlusse der Börse waren Eisenbahn-Aktien matter. Nordbahn-Eisenbahn-Aktien à 117¼ und Gloggnitzer à 111½; auch Silber war mehr angetragen, und zu 17½ eher zu haben als zu lassen.

Die Börse war heut wieder sehr belebt. In Folge von Kaufaufträgen besonders für Privatrechnung sind Aktien wiederm gestiegen.

Breslau, 11. Juli. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Gl. Kaiserliche Dukaten 96½ Gl. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112⅚ Br. Polnisches Courant 94⅓ Gld. Oesterreichische Banknoten 86¼ Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine — — Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 83 1/12 Br. Großherzoglich Pos. Pfandbriefe 4% 97¾ Gl., neue 3½% 83¼ Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 91½ Gl., Litt. B. 4% 94 Gl., 3½% 85½ Gl. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 91¾ Gl. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 84 Gl. Oberschlesische Litt. A. 99¾ Gl., Litt. B. 99¾ Gl. Krakau-Oberschlesische 58½ Gl. Niederschlesisch-Märkische 76 Gl. Köln-Mindener 84 Gl. Frdrich-Wilhelms-Nordbahn 40 Gl.

Frankfurt a. O. Die Messe, die sich Anfangs gut anließ, ist im Ganzen doch jetzt eine schlechte oder doch sehr mittelmäßige zu nennen. Es sind zwar einzelne en-gros Käufer da, aber sie kaufen nur zu den niedrigsten Preisen. Ein großer Theil der soliden Kundschaft fehlt ganz, ein anderer macht nur sehr geringe Einkäufe.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.